

Bezugspreis:

Vom 11.-19. Januar 25 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 11.-19. Januar für Deutschland, Danzig, Saar- u. Ruhrgebiet, Ostpreußen, Litauen, Elbinger 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,40 Goldmark. Kreuzband erhaltungen nur gegen wertbefähigte Zahlung. Postbezugspreis 120/100-Gr.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ u. „Gedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelgenpreise:

Die einseitige Kopiergebühr 0,20 Goldmark, Kellnergebühren 0,50 Goldmark. „Reine Augen“ das feinstgedruckte Wort 0,20 Goldmark (schlieflich zwei feinstgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengebühren das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,50 Goldmark. Eine Goldmarke — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Kreuzen für die nächste Nummer müssen bis 14 Uhr nachmittags im Postgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnen von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-293
Verlag: Donhoff 2506-2507

Sonnabend, den 12. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassenkonto Lindenstraße 3

Der Berliner Bürgerblock gesprengt.

Dr. Caspari tritt zurück.

Was nach der Donnerstagstiftung im Berliner Rathaus voraus zu sehen war, ist gestern, 24 Stunden nach erfolgter Wahl Dr. Casparis zum Vorsteher, bereits Tatsache geworden. Die Kandidatur des Bürgerblocks erwies sich nach dem provozierenden Vorstoß der Deutschnationalen gegen die Mittelpartei und nach der geradezu unglaublich ungeschickten Rede des neugewählten Vorstehers nicht mehr als haltbar. So sehr die bürgerlichen Parteien in den Beratungen des Kleinsten Ausschusses und im Plenum sich auch bemühten, um des Pudels Kern herum zu reden, die Situation ist vollkommen klar. Dr. Leidig, einer der prominentesten Führer der Volkspartei, nicht nur im Berliner Rathaus, sondern auch in Preußen und im Reich, betonte ausdrücklich, daß nach dem Wahlausfall von 1921 „die Bürgerfront“ die Wahl eines bürgerlichen Vorstehers erwartet habe. Damals hat man sich geschämt, das öffentlich zu bekennen. Man schloß gegen den damaligen Kandidaten der Sozialdemokratie lediglich persönliche Gründe vor. Namentlich die Demokraten, unter Führung des Herrn Merzen, leugneten mit dem Bruchton der Ueberzeugung, bei der Unterstützung der Kandidatur Casparis irgendwelche „antimarginalistische Absichten“ zu haben.

Wie sehr die bürgerlichen Parteien noch heute von dem Wahn befangen sind, diese kindische Politik weiter fortführen zu können, zeigte der inbrünstige Appell Dr. Leidigs an „alle Kreise des Bürgertums“, doch unbedingt „zur Einsicht zu kommen und die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten zu ermöglichen“. Das ist der Inbegriff der politischen Weisheit hervorragender Führer des deutschen Bürgertums, das ist alles, was sie bisher aus der politischen Entwicklung gelernt haben. Grotesk war der Versuch, mit allen Mitteln noch Zeit zu neuen Manövern zu finden. Dieselbe Mehrheit, die ganz genau weiß, daß sie aus eigener Kraft nicht imstande ist, auch nur einen Tag die Geschäfte der Gemeinde zu betreiben, die ganz genau weiß, daß die egoistischen und antistaatlichen Interessen in den Reihen ihrer fünf Fraktionen, in die sie glücklich zerfällt, viel zu stark sind, als daß sie aus eigener Kraft aus ihren Reihen heraus finanziell und kulturell die Gemeinde stützen könnten, diese Mehrheit wagt es, unter Mißachtung der dringlichsten Interessen der Gemeinde, die aufs schwerste unter dieser Sabotierung ihrer Geschäfte leiden muß, sie von einer Krise in die andere zu stürzen.

Mit welchem Temperament und welcher unnachahmlichen Arroganz kämpfte noch Herr Dr. Leidig Anfang Juli vorigen Jahres, vier Wochen vor dem vollständigen Zusammenbruch der Cuno-Regierung gegen den selbstverständlichen Versuch, den die Gemeindeverwaltung mit sozialdemokra-

tischer Unterstützung zur Sanierung der Finanzen unternahm. Genau so sehr man sich auch jetzt über alle geschäftsordnungsmäßigen und politischen Selbstverständlichkeiten hinweg, um nur das eine Ziel zu erreichen: Zeit zu neuen politischen Schiebungen zu gewinnen. Der Appell Dr. Leidigs an die Bürgerfront, die Karrenpolitik der antimarginalistischen Bürgerfront unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, soll offenbar lediglich neuen Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien dienen. Der offizielle Sprecher der Demokraten, Herr Merzen, hat es gestern vermieden, der Katze die Schelle anzuhängen und die Prozedur des Herrn Dr. Caspari am Donnerstag und Dr. Leidigs gestern gebührend zu kennzeichnen. Wären die Informationen der „Vossischen Zeitung“ richtig, dann müßte man mit der Möglichkeit rechnen, daß die Berliner Demokraten immer noch mit Verständigungsversuchen über eine bürgerliche Kandidatur rechnen. Wir möchten nicht glauben, daß die demokratische Fraktion ernsthaft diesen Weg zu gehen veruchen wird. Sie hat im Reich und an anderen Stellen des öfteren solche Lockungen von sich gewiesen. Sie hat jetzt eine günstige Gelegenheit, auch in Berlin mit dieser Tradition zu brechen. Sie könnte sich getrost an Hamburg und anderen Orten ein Beispiel nehmen. Die Sozialdemokratie ist jedenfalls in Berlin nicht gewillt, den bürgerlichen Parteien die Sabotierung der Arbeit für das Gemeinwohl irgendwie zu erleichtern. Sie hat — oft genug unter schwersten Opfern vom Standpunkt des nackten Parteinteresses aus — bewiesen, daß für sie das Wohl der Gemeinde oberste Richtschnur ihres Handelns ist. Sie wird nach diesem Gesichtspunkt weiter handeln und an dieser Politik werden die Versuche der bürgerlichen Parteien, uns in Berlin rückwärts zu revidieren, scheitern müssen.

Nach dem vollständigen Zusammenbruch des Bürgerblocks in der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung muß vielmehr damit gerechnet werden, daß Bernunft und Anstand endlich zu ihrem Recht kommen werden, und daß der Weg für die allein mögliche Kandidatur der sozialdemokratischen Fraktion jetzt frei wird. Nach dem Rücktritt Casparis fällt der letzte Vorwand, den die bürgerliche Linke gebrauchen konnte, um sich ihrer selbstverständlichen Verpflichtung zu entziehen. Ihre offiziellen Sprecher haben ausdrücklich anerkannt, daß nicht das geringste gegen die sozialdemokratische Kandidatur einzuwenden sei. Es bleibt also zu hoffen, daß endlich an Stelle verrannten Parteigeistes anständige und sachliche Arbeit für die Gemeinde auch von den bürgerlichen Fraktionen getrieben wird.

Englands historischer Augenblick

Von unserem Londoner Berichterstatter.

O. P. London, 10. Januar.

Mit aller althergebrachten Feierlichkeit und eines Krismotrams ehrwürdiger und unverständlicher Zeremonien ist die Session des englischen Parlaments eröffnet worden, die das große Neue bringen soll: den historischen Augenblick, da zum erstenmal eine Arbeiterregierung die Lenkung der Geschicke des Weltreiches übernimmt. Die englische Öffentlichkeit, mit Ausnahme eines Klüngels von Politikern und eines Häufchens verängstigter alter Weiber begegnet dem Regierungsantritt der „Roten“ vor allem mit erwartungsvoller Neugier. Jedermann in England spürt den frischen Hauch einer kommenden neuen Macht. Die kleine Banik, die ein paar Börsenjobber in den Kreisen anrichten wollten, in denen man sich vor „Konfiskationen“ fürchtet, ist längst in der allgemeinen Spannung untergegangen; für die bürgerliche Presse ist die Labour Party die große Entdeckung, die seit Tagen ihre Spalten füllt und sie, je näher der entscheidende Augenblick kommt, zu immer feierhafteren Vermutungen, wohlwollenden und gehässigen, anspornt.

Es fehlt freilich nicht an politischen Manövern, die noch im letzten Augenblick die Arbeiterregierung durch eine bürgerliche Koalition vereiteln möchten; in der City, dem Londoner Geschäftsviertel, und in Paisley, Aquiths Wahlkreis, sind solche kleine Verschwörungen gesponnen worden, die von der Presse ungeheuer aufgebauscht wurden. Die Roithermere-Presse fährt fort, nach der antizionalistischen Einheitsfront zu schreien und die offiziellen konservativen Parteifreie haben sich in den letzten Tagen die Lesart zurechtgelegt: wenn bei der entscheidenden Abstimmung über das Misstrauensvotum gegen Baldwin nur fünfzig oder sechzig Liberale mit den Konservativen stimmen würden... Aber die Liberalen haben sich viel zu sehr festgelegt, als daß eine derartige Absicht zur Möglichkeit würde: sie wollen und werden die Regierung Baldwin stürzen und eine Arbeiterregierung ins Amt setzen. Sie tun das, wie man sehr wohl weiß, keineswegs aus Liebe zur Arbeiterpartei. Auch sie wissen, daß die öffentliche Meinung es sehr übel genommen hätte, wenn die Labour Party durch eine unpopuläre Koalition oder Kombination um die Gelegenheit gebracht worden wäre, die ihr die parlamentarische Tradition — wenngleich auf geänderte Verhältnisse angewandt — eröffnet, sie hoffen, daß sie nach den sonderbaren Regeln dieser Tradition, der ungeschriebenen englischen Verfassung, selbst in absehbarer Zeit die Regierungsnachfolger der Labour Party werden können, und sie rechnen jedenfalls damit, daß die Arbeiterregierung in ihren Handlungen wie in ihrem Bestehen von der Unterstützung der Liberalen abhängig ist. Für die Liberalen, die wie jede Mittelpartei nach beiden Seiten hin schwanken, die sich nach links hin zu diskreditieren fürchten, wenn sie sich auf ein Komplott gegen die Labour Party einließen, und denen ebenso von rechts gedroht wird, sie begingen Selbstmord, wenn sie, als Gegner der Sozialisten gewählt, nun den Sozialisten zur Macht verhelfen — für die Liberalen ist diese Spekulation, die ihnen, der kleinsten Partei, auch noch weiterhin die entscheidende Rolle sichern soll, ein Offenhalten aller Möglichkeiten. Für die Labour Party aber bedeutet sie die Gewißheit, daß — wie auffallend freundlich auch im Augenblick die liberale Presse gestimmt sei — die heute bedeutungslosen Manöver doch die Vorzeichen einer bürgerlichen, antizionalistischen Einheitsfront sind, die über kurz oder lang kommen wird. Auch in den Reihen der Sozialisten des Auslandes wird man gut tun, nicht zu vergessen, daß die erste Arbeiterregierung in England im Grunde nur von der Gnade des Klaffengenners leben wird.

Diese Situation ist auch in technisch-parlamentarischer Beziehung neu und ungewohnt. Das englische parlamentarische Regierungssystem, aus dem Zweiparteiensystem entstanden und darauf allein zugeschnitten, will auf das Dreiparteiensystem durchaus nicht passen. Allerlei Reformgedanken tauchen auf. Macdonald hat in einem Artikel die Frage einer gesetzlichen Mindestdauer des Parlaments oder aber des Rechtes des Parlamentes, seine Auflösung selbst zu entscheiden (was bisher formal das Recht des Königs, faktisch das des Premierministers war) zur Diskussion gestellt. Andere empfehlen, die Rechte der Minorität innerhalb des Parlaments zu erweitern und als ein Mittel dazu die Befugnisse der Parliamentsausschüsse — das kontinentale System der sachlichen Gliederung der Parlamentsarbeit in den Ausschüssen ist dem englischen Unterhaus so gut wie unbekannt — zu vergrößern. Auch macht sich eine Tendenz geltend, die parlamentarische Fraktionsdisziplin, die für kontinentale Begriffe ohnedies locker erscheint, noch mehr gegen die persönliche Meinungsfreiheit des einzelnen Abgeordneten zurücktreten zu lassen. Indes wird wohl noch viel Wasser die Themse hinunterfließen, ehe aus diesen mannigfachen Vorschlägen eine wirkliche Parlamentsreform wird; einstweilen bedeuten die ähnelnden parlamentarischen Formen Englands im Augenblick ebenso viele parlamentarische Schwierigkeiten.

Antworten Frankreichs und Belgiens.

Paris, 11. Januar. (WZ.) Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hoersch, ist heute nachmittags 5 Uhr vom polnischen Direktor des Ministeriums des Auswärtigen Peretti della Rocca empfangen worden, da Polnarc durch die Kammerführung über die auswärtige Politik verhindert ist. Peretti della Rocca hat dem deutschen Geschäftsträger die Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember in Form eines Memorandums überreicht, das einen Umfang von 14 Seiten hat. Dieses Memorandum geht Punkt für Punkt auf die deutschen Ausführungen vom 24. Dezember ein, um den französischen Standpunkt, der, wie man nach den Presseäußerungen der letzten Tage annehmen darf, im wesentlichen abnehmend ist, zu begründen. Der deutsche Geschäftsträger und Peretti della Rocca hatten im Anschluß daran eine fast einstündige Unterredung über alle die Tage im besetzten Gebiet betreffenden Fragen. Peretti della Rocca erklärte, die sehr technische Antwort, die die französische Regierung auf die deutsche Denkschrift erteilt habe, wolle die Frage nicht erschöpfen, und sie bedeute keinen Abschluß. Wie Polnarc bereits am 15. Dezember 1923 erklärt habe, sei die französische Regierung bereit, jederzeit deutsche Anregungen entgegenzunehmen und diese sachlich zu erörtern.

Gleichzeitig und unter denselben Formen wurde gestern in Brüssel die belgische Antwort dem dortigen deutschen Geschäftsträger überreicht, wobei ihm ebenfalls entsprechende Erklärungen der belgischen Regierung abgegeben wurden. Die belgische Antwort entspricht, wie in Paris erklärt wird, in den Hauptzügen der französischen, sie ist nur etwas umfangreicher.

Paris, 11. Januar. (WZ.) Sonas berichtet über die Unterredung von Hoersch mit Peretti della Rocca: Die Unterredung dauerte 2 Stunden. Peretti entwickelte die Ansichten, die in der französischen Antwort niedergelegt sind. Er ergänzte sie durch Erklärungen und Kommentare, über die sich die französische Regierung von vornherein mit dem belgischen Kabinett verständigt hatte.

Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hoersch, wird, wie verlautet, am Sonnabend abend nach Berlin reisen.

Konferenz der Kleinen Entente.

Belgrad, 11. Januar. (WZ.) Ueber die Konferenz der Kleinen Entente wird folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht: Die erste Konferenz der Kleinen Entente fand gestern nachmittags 5 Uhr unter dem Vorsitz von Voshitsch statt zur allgemeinen Erörterung der internationalen Lage. Der südslawische Ministerpräsident Paschitsch, der südslawische Außenminister Rintschitsch, der tschechische Außenminister Benesch und der rumänische Außenminister Duco stellten in einem Meinungsaustausch fest, daß sie vollkommen einig seien, die Kleine Entente mit ihren vertrauensvollen Beziehungen zu sämtlichen Alliierten beizubehalten und weiter mit diesen zusammenzuwirken. Sie sind mehr denn je entschlossen, im Rahmen der gegenwärtigen europäischen Lage diejenigen Strömungen zu unterstützen, die die Ausrechterhaltung der Verträge und die Befestigung des für die drei Staaten der Kleinen Entente gleichermäßen unentbehrlichen Friedens anstreben.

Im Laufe des heutigen Vormittags wird zunächst weiter über die auf der allgemeinen Tagesordnung stehenden Fragen verhandelt werden, bevor man zur Prüfung derjenigen Punkte übergeht, die die internationale Lage vom besonderen Standpunkt jedes einzelnen der drei Länder bestimmen.

Venizelos Premierminister.

Athen, 11. Januar (WZ.). Venizelos hat das Amt des Premierministers angenommen.

In Tokio haben Unruhen und Kundgebungen gegen die Dynastie stattgefunden. Ein Koreaner warf eine Bombe gegen das augenblicklich unbewohnte kaiserliche Palais; sie ist jedoch nicht zur Explosion gelangt. — Der japanische Befehlsgewalt in Korea schreit zum Himmel.

Was kann unter diesen Umständen getan werden. Der kommenden Arbeiterregierung sind zwei Aufgaben gestellt: die Befämpfung der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot und die Verbesserung der Sozialversicherung im Innern, eine Politik des Weltfriedens nach außen. Die erste Aufgabe steht sofort auf der Schwierigkeit, daß nach alter Tradition das englische Parlament bis zum Monat März das Budget für das kommende Jahr beschließen muß; die Arbeit der Aufstellung des Staatsvoranschlags ist bereits ziemlich weit gediehen und einschneidende finanzielle Neuerungen, Änderungen des Finanzsystems und hohe außerordentliche Ausgaben sind in der Kürze der Zeit um so weniger möglich, als das Erbe der konservativen Regierung ein immerhin nicht unbeträchtliches Defizit sein dürfte. Mit den Schulden der bürgerlichen Regierungen — insbesondere den kolossalen Kriegsschulden — belastet, tritt die Arbeiterregierung an die drängenden sozialen Forderungen heran.

Aber erst recht, wie sie die zweite Aufgabe erfüllen wird — das ist es, was die Blicke der ganzen Welt, der Bürgerlichen wie der Arbeiter, in England und anderwärts je nachdem, hoffend, ängstlich, erwartungsvoll auf die englische Arbeiterregierung lenkt. Daß sie die russische Regierung offiziell anerkennen wird, ist eine ausgemachte Sache selbst für die englischen Konservativen, deren klügere Kaufleute ja längst auf das russische Geschäft lauern, und es ist nur fraglich, ob hier Macdonald wirklich noch der Erste sein wird oder ihm nicht am Ende Poincaré und Mussolini zuvorkommen. Was die übrige europäische Politik anlangt, so erwarten ernsthafte Bürgerliche — nicht jene schwindende Schar unentwegter Deutschhasser, die heute noch der verstorbenen Entente nachwehnen — die Rückkehr zu Englands traditioneller Politik der Aufrechterhaltung, nein, der Wiederherstellung des vom französischen Imperialismus zertrampelten europäischen Gleichgewichts. Zu diesem Zwecke empfehlen manche eine Annäherung an Italien und Spanien, auch an Holland und die Nordstaaten — eine Idee, die ebenso sehr in den herkömmlichen Gedankengängen der alten Diplomatie befangen als von der wachsenden Mißstimmung gegen Frankreich diktiert ist. Den Sozialisten liegt selbstverständlich eine Bündnis- und Einkreisungspolitik nach unheiliger Muster völlig fern. Ihr Ziel ist die Verständigung mit Deutschland und Frankreich auf internationaler Basis; eine Absicht, deren Erfüllung nicht zuletzt von den kommenden französischen Wahlen abhängt.

Aber England ist nicht nur eine europäische Macht. Seine außereuropäische Politik ist um so bedeutsamer, als dort die eigentlichen Interessengebiete und Reibungsflächen des imperialistischen Ausdehnungstrebens liegen und die Stellung einer Arbeiterregierung ist um so schwieriger, als sie selbstverständlich sofort alle Hoffnungen und Forderungen der unterdrückten Kolonialvölker weckt, die in ihr den Befreier der Befreiung, der nationalen Selbstverwaltung begrüßen. Das schafft eine besonders heikle Lage in Indien, wo die konservative Regierung zuletzt noch allerlei Unruhe angestiftet hat. Man darf gespannt sein, ob es der Labour Party in der Zeit, die ihrer Regierung gegönnt sein wird, gelingt, die brutale Kolonialpolitik der englischen Bourgeoisie, die furchtbare Ausbeutung der farbigen Arbeitskraft durch den britischen und den entstehenden nationalen Kapitalismus durch eine Politik der Versöhnung, des Arbeiterzuges und der Gleichberechtigung zu ersetzen. Es ist im Weltmaßstab gesehen, das größte und gefährlichste Problem.

Der englische Fraktionsoorstand unverändert. In der gestrigen Versammlung der parlamentarischen Arbeiterfraktion wurden die diesjährigen Vorstandsmitglieder der Parlamentsgruppe einstimmig wiedergewählt. Ramsay MacDonald bleibt Vorsitzender der Parlamentsgruppe, Caines und Thomas stellvertretende Vorsitzende und Henderson Generalsekretär. Ferner wurde beschlossen, daß die Arbeiterpartei, falls sie zur Kabinettabbildung berufen werden sollte, dieser Forderung stattgeben solle.

Kapitalisten im Mittelalter.

Hermann Hieber läßt im Verlag von R. Piper, München, eine Studie über den Augsburger Architekten Elias Holl erscheinen, die den Vorzug hat, daß sie den Meister lebensfröhlich in seine Umgebung stellt und ihn auch selbst zu Worte kommen läßt. Hieber schildert das Augsburg, in das Elias Holl hineingeboren wurde, folgendermaßen:

Während für Nürnberg die Renaissance einen Ausklang bedeutete, ist sie für Augsburg der Höhepunkt seiner Kultur gewesen. Der Unterschied erklärt sich aus der wirtschaftlichen Sonderstellung der Handelsstadt am Neckar. Im 14. Jahrhundert geht der Handel ein Bündnis ein mit dem Gewerbetreiben, vor allem mit der Weberei: Seinen, Tuch- und Barcenterzeugung. Im 15. Jahrhundert kann er bereits zur Grundlegung von Syndikaten, Großhandelsgesellschaften, übergehen. Die Beschaffung der Baumwolle aus Venedig wird die Hauptaufgabe der Kaufhäuser. Noch die Namen Welfer und Fugger aufzählen, hält Enno Silvio Piccolomini, der Kanzler Kaiser Friedrichs III. und nachmalige Papst Sixtus II., Augsburg für die reichste Stadt der Welt. Das war 1458. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts emanzipiert sich das Geldgeschäft immer mehr. Von entscheidender Bedeutung ist dann der Anschlag der Augsburger Großhandelshäuser der Welfer und Fugger an Portugal und Spanien gewesen — die Klaffzettel, mit der sie, während das übrige Oberdeutschland mit Einschluß Nürnbergs in den italienischen Bankrott hinabgerissen wurden, den neuen Kurs des Welthandels an den Küsten des Atlantischen Ozeans zu neuen verstanden.

In Lissabon und Sevilla erschienen im 15. Jahrhundert die Agenten der Augsburger Handelshäuser und sicherten sich ihren Anteil am neuen Geschäft. So, sie rüsteten eigene Schiffe aus, um, wie der Stadtschreiber und humanist Konrad Peutinger rühmte, „als die ersten Deutschen Indien zu suchen“. Die Welfer gingen zur Kolonialwirtschaft über, legten 1525 eine Faktorei in San Domingo an und eroberten von dort aus das „Neue Venedig“, Venezuela. Und wenn sie es auch nicht auf die Dauer gegen den Konkurrenzgeist der spanischen und portugiesischen Kaufleute halten konnten, so blieb ihnen doch der Gewürzhandel mit Südamerika und Ostindien und zu Antwerpen wie zu Lissabon mußten sie ihre finanzielle Heberlegenheit in die Waagschale zu werfen.

Der Ausbau des Augsburger Bankgeschäfts war das Werk der Fugger. Seit 1488 lebte Jakob, dessen Söhne in den Reichsgroßstand erhoben wurden, nachdem er zu Venedig seine Lehrzeit durchgemacht, das größte deutsche Handelshaus. Sein Bestreben ging dahin, den Metallmarkt Europas zu beherrschen. In Ungarn, Tirol und Kärnten, ja selbst in Spanien erwarb er mit den kapitalträchtigsten Landesleuten im Verein Ne Erzgruben, seit 1498 gibt es in Augsburg ein europäisches Kupferergulden. Die päpstliche Kurie, aber auch die deutschen Kaiser ließen sich von ihm finanzieren. Karl V. hatte allen Grund zur Freundschaft mit Jakob Fugger: hatte ihm dieser doch von den 800 000 Gulden, mit denen die deutschen Fürsten zugunsten des Hauses Habsburg verfahren waren, zwei Drittel aus Augsburger Kassen verschafft. Während der Rat und die Kleinbürger von Augsburg mit warmem Herzen für die Reformation stritten, organisierten die Fugger und Genossen die Feldzüge des Kaisers gegen die eifersüchtigen Protestanten. . . .

Der milde Luther.

Durch die zweite Steuernotverordnung ist die Betriebsabgabe und die Landabgabe vom 1. Januar ab aufgehoben worden. Darin liegt eine schwere Schädigung der Reichsfinanzen, obwohl gerade in dieser Zeit das Reich hohe Einnahmen braucht, um seine Zahlungsvorgaben zu erfüllen. Aber was sollte denn Herr Luther tun? Herr Helfferich hatte bereits im August als Gegenleistung für den Plan der Roggenwährung die Aufhebung dieser beiden Steuern verlangt. Genosse Hüfner wird von ihm auf das heftigste beschimpft, weil er sich diesem Verlangen stets auf das allerentschiedenste widersetzt hat. Sein Nachfolger aber hat eine tiefe Verbeugung vor Herrn Helfferich gemacht und sich bereit, noch bevor die neuen Steuern wirkliche Erträge liefern, diese sicheren Einnahmen zu beseitigen. Aber damit allein begnügte er sich nicht! Reicht man den Agrariern den kleinen Finger, so nehmen sie die ganze Hand. Das hat auch Herr Luther lernen müssen. Und da er nicht nur Herrn Helfferich und den Agrariern gern gefällig ist, sondern ebenso gerne der bayerischen Regierung, so wird man sich über die folgende Geschichte nicht wundern, die vor einigen Tagen die „Boschische Zeitung“ der Vergessenheit entrispen hat.

Am 3. November 1923 hat nämlich der Reichsfinanzminister Dr. Luther durch Rundtelegramm angeordnet, daß die am 1. November fällig gewordenen Beträge an Landabgabe noch bis zum Donnerstag, den 8. November einschließend, zu dem am 1. November geltenden Umrechnungssatz (1 Goldmark gleich 17 Milliarden Papiermark) angenommen werden sollen. Am 8. November aber stand der Dollar 630 Milliarden. Die Goldmark war also nicht 17 Milliarden, sondern 150 Milliarden Papiermark wert. Die Verfügung des Finanzministers bedeutet also für diejenigen Landwirte, die erst am 8. November gezahlt haben, ein Geschenk von etwa dem Achtefachen der tatsächlich von ihnen zu zahlenden Steuern.

Nun wird das Vorgehen des Finanzministers damit begründet, daß der Goldumrechnungssatz in den ersten Tagen des November sprunghaft in die Höhe gegangen ist, und daß der 1. und 2. November in manchen Gegenden Deutschlands gesetzliche Feiertage waren. Beides ist richtig. Die „manchen Gegenden“ aber waren, was das Finanzministerium natürlich nicht gerne mitteilt, die bayerischen Gegend. Noch weniger gern teilt Herr Dr. Luther mit, daß dort seinerzeit die bayerische Regierung und die landwirtschaftlichen Organisationen zum Steuerstreik aufgefordert haben. Daher die Tatsache, daß die Bauern am 1. November nicht gezahlt hatten und durch die sprunghaft in die Höhe gehenden Goldumrechnungssätze empfindlich getroffen worden waren. Wir glauben, das wäre angebracht gewesen und noch eine milde Strafe für Vergehen, die nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. September 1923 mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft werden sollen. Herr Luther aber hatte für diese Seite des Steuerstreiks ein Einsehen und beseitigte den Konflikt durch reißloses Entgegenkommen.

So dürfte er sich jetzt nicht nur des Wohlwollens von Helfferich erfreuen, sondern auch das der bayerischen Partikularisten, die in der Erwartung weiterer wohlwollender Behandlung sich vielleicht sogar mit der sonst so verhassten Reichssteuerverwaltung abfinden werden, wenn Herr Dr. Luther seine schützende Hand weiterhin über die leistungsfähigen Schichten halten kann.

Sächsischer Wirtschaftsminister.

Dresden, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Landtagsabgeordneter Genosse Müller-Celzig, Redakteur der „Celziger Volkszeitung“, wird voraussichtlich am Montag zum Wirtschaftsminister ernannt werden.

Man sieht, die Kapitalisten des Mittelalters verstanden ihr Handwerk nicht schlechter als die des 20. Jahrhunderts. Auch damals war das Kapital international, es hatte seine eigene Moral, und wie heute der Name Sinnes, so bedeutete damals der Name Fugger ein Schlagwort, das in aller Munde war. Hieß „Fuggern“ doch damals soviel als „wuchern“. Auch das Privatleben dieser mittelalterlichen Kapitalisten mutet zum Teil recht modern an. So sagt Elias Holl von Jakob Fugger, den er einen „wunderlichen“ Mann nennt: „Ich, Elias Holl, war hernach viel Jahr aneinander immer an dieses Herrn Gebäu, dann, wie gemeldet, haben wir alle Jahr zu brechen und zu verkehren, sehr eine Stellung, bald einen Tummelplatz draus gemacht und viel wunderliche oftmals verricht; und alles gern und wohl bezahlt, was es gefordert hat. Ich hatte an diesem Ort gut leben, hatte immer Wein genug; er führte eine stattliche Hofhaltung mit Essen und Trinken. Dieser Herr hatte auch viel Diener und Gefind, auch gewaltig viel teure Pferd zu 8—10 hundert Gulden. Ich war diesem Herrn lieb, weil ich mich wohl in sein seltsamen Kopf schiden konnte. Er trank sich alle Tage gleich über Mittagsohlszeit oill, hielt eine Tafel, hat täglich gern Käse, die nur wohl kaufen konnten.“

Wenn Elias Holl in seinen Tagebüchern an einer anderen Stelle erzählt, daß einer der Auftraggeber seinem Vater ein Pferd geschenkt und wieder fortgenommen habe weil er, der damals vierzehnjährige Sohn, darauf perliert sei und daß sein Vater vor Gericht sein Recht nicht bekommen habe, weil der Verkäufte „sehr hoch und fürnehm“ war, so mutet auch das nicht gerade unmodern an.

Die Bäume des Kapitalismus sind im Mittelalter nicht in den Himmel gewachsen. Die Staatsbankrotte Frankreichs und Spaniens führten zu schweren Finanzkrisen. Das Welfersche Haus stellte 1614 seine Zahlungen ein und die Fugger gaben das Geschäft auf und lebten als Standesherrn. Und viel anders wird es auch dem modernen Kapitalismus nicht gehen, der seine geschichtliche Mission zu erfüllen hat und dann ebenso erledigt sein wird, wie es der mittelalterliche heute ist.

Persönliches von Wilhelm Steinhausen.

Wilhelm Steinhausen, der in diesen Tagen verstorbenen Meister der religiösen Kunst und der innig besetzten Naturdarstellung, war sein ganzes Leben lang ein stiller Mann, der auch lange Zeit nur von den „Stillen im Lande“ verehrt wurde, bis erst das letzte Jahrzehnt ihm die Anteilnahme des größeren Publikums brachte. In der Ausstellung bei Gurlitt im Jahre 1908 trat der 62jährige wie ein junger Künstler vor das Publikum, und wirklich hatte seine Entwicklung erst im Alter die schönsten Früchte gezeitigt.

In Sorau in der Niederlausitz war er am 2. Februar 1846 geboren, in einem Haus voller Kinder. „Jede Kunst ist ein Erinnern“, hat er im Rückblick auf seine Jugendzeit gesagt. „Welche Gegenstände aber, welche Eindrücke halten am festesten in unserer Seele? Doch wohl die, welche wir in unserer Kindheit empfinden. Und so wurde das, was uns umgab, die kleine Welt unserer Stube, unseres Gartens, der dunkle Himmel über uns mit seinen Sternen, nach denen die Mutterliebe unsere Augen lenkte, der Mond, der hinter uheres Nachbars Garten aufging — es wurde zu Erlebnissen, wie der Anblick einer Frucht oder einer Blüte oder eines

Abbau des Reichswanderungsamtes.

Man schreibt uns:

Des scharfe Licht der Kritik, das der „Vorwärts“ auf die völlig unhaltbaren Verhältnisse des Reichswanderungsamtes fallen ließ, hat selbst die ältesten Geheimräte die Irrwege erkennen lassen, die mit dem geschwundenen Ausbau dieses bürokratischen Instituts betreten sind. Im Auswärtigen Amt selbst sind die mit praktischer Sachkenntnis ausgerüsteten Herren von der Notwendigkeit überzeugt, das Reichswanderungsamt schnellstens abzubauen. Sie sehen ein, daß Dr. Köster mit seiner Beurteilung dieses Instituts seinerzeit völlig ins Schwarze traf. In hellen Zorn sind wohl auch einige leitende Herren des Reichsfinanzministeriums geraten, als sie erfuhr, mit welcher Willkür der Präsident des Reichswanderungsamtes seine Kompetenzen überschritt und die Gebühren der Nachlassstelle zum Nachteil der sozial mitunter sehr bedrückten Klienten dieser Stelle empfindlich erhöhte. Der Herr Spartkommissar schüttelt, nachdem er den kostspieligen Anzug, mit dem bei der Einrichtung des Reichswanderungsamtes verfahren ist, wohl nachdenklich den Kopf über den großen amtlichen Apparat, der sich in der Luisenstraße aufgetan hat und der aus einem Präsidenten, einem Direktor, drei Referenten und vier Expedienten und dem dazu gehörigen großen Bureaupersonal besteht.

In Friedenszeiten, in den großen Auswanderungsperioden wurde die „Arbeit“ der heutigen Herren Regierungsräte mit wenigen Beamten des Auswärtigen Amtes erledigt, die in engster Fühlung mit den Konsulaten standen.

Die Auswanderungsfrage kann einmal in Deutschland zum brennenden Problem werden, das aber nur mit Hilfe der großen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen gelöst werden kann. Diese bringen in die Arbeits- und Organisationsverhältnisse des Auslandes wirklich ein, und sie sind heute schon über den Arbeitsmarkt besser unterrichtet als die neugeborenen Regierungsräte des Reichswanderungsamtes, denen zum Teil erst ein Privatstudium über die wirtschaftliche und soziale Struktur der einzelnen Länder unserer großen Weltwirtschaft gehalten werden müßte.

Verständigung in der Nordmark.

Schleswig, 11. Januar. (Eigener Bericht.) Im großen Saal des hiesigen Stadttheaters fand eine überfüllte öffentliche Versammlung statt, die sich mit dem Thema „Der Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland und Dänemark“ beschäftigte. Die alte Landeshauptstadt an der Schlei, die ein Jahrtausend schleswig-holsteinischer Geschichte sah, war für dieses Thema ein reizvoller Boden, um so mehr, als auch hier seit einigen Jahren chauvinistische Kreise, die sogenannten „Eiderdänen“, es versuchen, Anhänger zu gewinnen. In der reindeutschen Stadt existiert heute ein dänischer sogenannter „Schleswiger Verein“, die in deutscher Sprache erscheinende Presse der Eiderdänen hat hier ein Kopfbild, ein großes Hotel ist von den Dänen als Versammlungshaus erworben und anderes mehr. Das deutsch-dänische Grenzabkommen der sozialdemokratischen Parteien beider Länder hatte zudem wochenlang die Öffentlichkeit beschäftigt und zu gehässiger Kritik der bürgerlichen Parteien und ihrer Presse Anlaß gegeben. Alles Dinge, die die Vereinigte Sozialdemokratische Partei veranlassen, das auf dem Gedanken der Völkerverständigung beruhende Grenzabkommen der beiden sozialdemokratischen Parteien zur öffentlichen Erörterung zu stellen. Von dänischer Seite sprach der Parteivorstand Genosse Th. Stauning-Kopenhagen, außerdem war der bekannte „Kinderdokter“ J. B. Riessen, dänischer Reichstagsabgeordneter für Sonderburg anwesend und beteiligte sich mehrfach an der Aussprache. Den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie vertrat Genosse Berdick-Riel, der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen Bezirksorganisation, und Genosse Fleckerich-Schleswig sowie einige andere hiesige Genossen. Die Versammlung gestaltete sich trotz eines starken Aufgebots von Hakenkreuzern, Jungdeutschen usw. zu einer glänzenden Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik und des Gedankens der Völkerverständigung und Völkerverständigung. Für die kommenden Wahlkämpfe bildete die große Versammlung einen geradezu glänzenden Auftakt.

Grasalmes. Alles das bot uns die Heimat. Von ihr empfingen wir die ersten starken Eindrücke, die unser Auge trafen und unsern Willenstrieb weckten. In dies Kinderparadies führte uns jede echte Kunst zurück. Sie ist Spiel und Ernst zugleich. Aus diesen Erinnerungen schöpfen wir noch heute.“

Wunderlich trat die Neigung des Jünglings zur Kunst immer deutlicher hervor, und so bezog er 1863 die Berliner Akademie, wo ihn noch die Gestalt und Kunst des Altmeisters Cornelius erschütterte. „Ich werde es nie vergessen, welcher Mensch das war“, sagte er in seinen Lebenserinnerungen von Cornelius. „Dieses Haupt! Die großen Augen, der ernste Mann, wie er in seinen Gedanken so vor sich hinsah.“ Daneben aber umfing ihn die Stimmung Ludwigs Richters, des Malers des deutschen Hauses, und er versenkte sich in die Welt der deutschen Romantik. Steinhausen setzte seine Studien dann in Karlsruhe fort, und hier lernte er den um wenige Jahre älteren Hans Thoma kennen, mit dem ihn durch mehr als ein halbes Jahrhundert innige Freundschaft verbunden hat. Thoma brachte dann die Polung des Realismus aus Frankreich mit und befreite auch Steinhausen von der Schablone der Akademie. Seine eigene Art fand der Künstler nach manderlei Studienfahrten in Italien, nach längerem Mindener und Berliner Aufenthalt erst in Frankfurt, wo er seit 1876 heimisch wurde. Hier gründete er 1880 sein Heim. „Nicht mehr aus der Welt, sondern aus dem Hause“, sagte er damals, wollte er keine Stoffe schöpfen. „Es muß ja alle Kunst aus dem Erlebten kommen.“ 1884 kaufte er sich ein stilles Haus, neben dem Hans Thoma sein Heim aufschlug, und in dem schmalen Gärtchen, das sich an sein Haus anlehnte, wurde er im Baum der Großstadt zu einem idyllischen Waldpoeten, der die Wunder der Stille um die Visionen seines inneren Auges breitete.

In diese ganz nach innen geführte Welt hat er uns nicht nur in seinen schönsten Bildern, sondern auch in seinem Buch „Aus meinem Leben“ geführt. Ueber seinem Wesen und Werk steht als Motto die Widmung, die er diesem Selbstbekenntnis voranstellte: „Denen gewidmet, die auch in der vergänglichsten Kunst die Ewigkeit suchen, die im kleinen Sonnenwerk die Lautropfen der Ewigkeit sehen; die Freude und Schmerz kennen und wissen, was das Kinderlachen hinter den Fenstergittern bedeutet; die irre gehen und doch die Wege hören, die zur Heimat rufen, und — die alle Kunst vergessen können.“

Ein englisches Vogelschutzgebiet. Die Farne-Inseln an der Nordküste von Northumberland, die von zahlreichen seltenen Vögeln bevölkert werden, sollen als „Vogelschutzgebiet“ im englischen Staat erklärt werden, und man hat bereits den größten Teil der Summe von 2200 Pfund Sterling gelammelt, der zum Erwerb der Insel erforderlich ist. Die Farne-Inseln haben auch für die frühgeschichtliche Geschichte eine besondere Bedeutung, denn aus dieser Gegend zog sich der Apostel St. Cuthbert zurück, um hier in Abgeschiedenheit seine letzten Jahre zu verbringen. Auch seine Nachfolger, St. Ethelwald und Feldd lebten im Alter auf den Farne-Inseln, die seitdem die Bruchstücke von Büchern, wie des Kurpfarrischen, der Eiderente de Lumme und Stummelmäwe geworden sind. Da diese Tiere durch Jäger und zahlreiche Besucher der Inseln vernichtet oder mindestens in ihrem Brutgeschäft gestört werden, hält man Schutzmaßnahmen für notwendig.

Die Anerkennung der Heinz-Regierung.

Deutscher Protest in Paris.

Die deutsche Botschaft in Paris und die Gesandtschaft in Brüssel sind angewiesen worden, folgende Protestnote zu überreichen: Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Interalliierte Rheinlandkommission in immer fortschreitendem Maße die sogenannte Regierung der autonomen Pfalz als die Inhaberin der legitimen Regierungsgewalt in der bayerischen Pfalz anerkennt. So ist der deutschen Regierung bekannt geworden, daß die Interalliierte Rheinlandkommission Verordnungen dieser sogenannten Regierung am 2. Januar amtlich registriert hat. Dies wird bestätigt durch eine Bekanntmachung des französischen Kreisdelegierten in Zweibrücken, Oberstleutnant Defort, die in den pfälzischen Blättern veröffentlicht wird und folgenden Wortlaut hat: Nachdem die Interalliierte Rheinlandkommission die Verordnungen der Regierung der autonomen Pfalz, die ihr von dieser zur Genehmigung unterbreitet wurden, am 2. Januar 1924 amtlich eingetragten hat, muß die Bekanntmachung des Delegierten von Zweibrücken vom 4. Januar 1924 an die dortigen bayerischen Behörden als null und nichtig betrachtet werden. (gez. Defort.) (Wir haben den in der Note hier folgenden Wortlaut bereits veröffentlicht.) Zum Verständnis dieser Bekanntmachung mag bemerkt werden, daß die in der vorstehenden Bekanntmachung widerriefene frühere Verkaufsurkunde des Kreisdelegierten dahin gegangen war, daß die Regierung der autonomen Pfalz nicht offiziell anerkannt sei und daß deshalb die Interalliierte Rheinlandkommission ihre Verordnungen nicht registriert habe. Es steht also fest, daß die Interalliierte Rheinlandkommission die Anführer des hochverräterischen Un-ternehmens in der Pfalz in aller Form als legitime, gesetzgebende Gewalt anerkennt. Die deutsche Regierung legt gegen diesen unerhörten Vorgang Verwahrung ein und fordert, daß die dortige Regierung sofort dagegen einschreite.

Frankreich verwehrt England die Untersuchung!

Paris, 11. Januar. (Ep.) Während die offiziellen Zeitungen anfänglich die Tatsache von englischen Vorstellungen am Quai d'Orsay über die pfälzische Politik der französischen Regierung in Abrede stellten, geben sie dies nunmehr zu und veröffentlichen Einzelheiten darüber. Danach hat Lord Curzon am 5. Januar von dem Rechte Gebrauch gemacht, das den Regierungen zusteht, innerhalb zehn Tagen die Beschlüsse der Rheinlandkommission zu widerrufen. Dieser Widerruf bezog sich auf den Beschluß, die Beratungen der „pfälzischen Regierung“ zur Kenntnis zu nehmen und diese damit de facto anzuerkennen. Am 7. Januar schlug Lord Curzon eine Untersuchung durch den englischen Generalkonsul in München vor, was Poincaré ablehnte. Er wollte lediglich einer Untersuchung durch die Rheinlandkommission (1) zustimmen, indem er erklärte, es gehe nicht an, daß eine fremde Macht in einem Gebiet, das von französischen Truppen besetzt sei, eine Untersuchung anstelle. Lord Curzon wandte dagegen ein, daß die Anwesenheit von französischen Offizieren die Untersuchung nicht beeinflussen würde. (?) Lord Curzon verzichtete schließlich darauf, die Untersuchung durch den englischen Generalkonsul in München ausführen zu lassen und schlug den englischen Vertreter in der Rheinlandkommission vor, was Poincaré gestern abend gleichfalls ablehnte und dem Foreign Office durch den französischen Botschafter mitteilen ließ.

Frankzösische Kritik an der Rheinlandpolitik.

Paris, 11. Januar. (RTS.) Zu dem Anschlag auf Heinz schreibt „Journé Industrielle“, der Vorfall sei um so unglücklicher, als er im ungünstigsten Augenblick zu der Reihe der Zwischenfälle einen neuen hinzufüge. Eine Reihe von Zwischenfällen, die abwechselnd glücklich und unglücklich ausfielen, stellten keine Politik dar. Die allgemeine Politik Frankreichs gegenüber dem besetzten Gebiet hinsichtlich der Beziehungen zu Deutschland erscheine mit Recht und Unrecht nach außen hin. Es sei die höchste Zeit, daß man sich mit der Wahl einer bestimmten Richtung beschäftige und sie verfolge unter dem Vorbehalt, sie später zu berichtigen. Wenn man aber nicht wisse, ob man rechts oder links stehen solle, so liege die Gefahr auf der Hand, daß man nirgends anlangen werde. Es frage sich, ob die Befestigung des Rheinlandes einen Selbstzweck habe oder ob sie ganz oder zum Teil einen Tauschwert für Verhandlungen besitze.

Eine neue Insel über Nacht. Nach Meldungen des Dampfers „Chabina“.

Der in der Nacht vom 11. zum 12. November von Akaba nach Chittagong und dann wieder zurückfahrende Kapitän auf der Rückfahrt am Morgen des 14. November an einer Stelle, wo bei der Hinfahrt im Meer noch nicht das geringste zu sehen gewesen war, eine neue Insel. Dieses über Nacht aufgetauchte Eiland liegt in der Nähe einer Skala, an der man im Jahre 1914 einen Schlammschiffbruch erlitten hatte. Das Schiff fuhr bis auf 8 Kilometer an die neue Insel heran und stellte fest, daß sie aus festem Fels bestand. Am nächsten Tage näherte sich ein anderer Dampfer der Insel bis auf 4 Kilometer, und nach den Angaben der Beobachter war sie 15000 Fuß lang, 1000 Fuß breit und 30 Fuß hoch. Die Insel befindet sich etwa 10 Kilometer südlich von Baronga Point; ringsherum sind Korallenriffe, und südlich von der neuen Hauptinsel ist noch eine kleinere Insel, die sich augenscheinlich von ihr losgelöst hat, vielleicht aber unter Wasser noch mit ihr verbunden ist. Man nimmt an, daß die neue Insel durch den Ausbruch des bereits früher festgestellten Vulkan über Nacht entstanden ist.

Die Eisenbahn durch die Sahara. Der französische Oberingenieur Gilles Corbin ist von einer Studienreise zurückgekehrt, in der er die örtlichen Bedingungen für die Errichtung der Transsaharischen Eisenbahn studiert hat.

Wie er mitteilt, wird der Schienenweg bei Bagdadu beginnen, einem wichtigen wirtschaftlichen und strategischen Mittelpunkt von Französisch-Westafrika, und bei Draon endigen. Von Wogobou geht die Linie bis Tolane, wo sie den Niger kreuzt, dann über Taurit, Adrar, Beni Abbas und Colomb Becher bis nach Res-el-Ma. Der Bau wird in mehreren Abteilungen erfolgen, von denen die erste von Res-el-Ma bis Colomb Becher und die zweite von dort nach Beni Abbas führt. Die ganze Strecke wird etwa 3000 Kilometer lang sein und ihr Bau 1400 Millionen Frank kosten.

Abgabekommung antiker Bildwerke in der Universitätsbibliothek.

Am Sonntag den 18. Januar, vorm. 11 Uhr, findet eine Führung durch die Sammlung statt. Eintritt 50 Pf.

Künftige Lebensmittel für deutsche Soldaten. Die Sowjetregierung hat dem Zentralrat für die Versorgung der Lage der Soldaten die Erlaubnis erteilt, 1000 Lebensmittelpakete für die kriegsleidenden deutschen Soldaten nach Deutschland zu senden.

Zur Kopulagener Gabel-Kassation. Die durch 14 Tage im Silberland des kaiserlichen Hofes Charlottenburg am dem Reichstag „Kongress Kator“ zu leben sein wird, berichtet man aus dem Reichstag, daß eine holländische Gabelausgabe von Gabeln, die in der Reichsversammlung „Darmstadt“ erwidert. Die Herren Kallisten und Glad, holländischer Generalkonsul in Rotterdam, haben die wirtschaftlichen Grundfragen der Ausstellung behandelt. Professor Carl Vaxen hat mit dem Reichstag der deutschen Gesandtschaft in Dänemark, Herrn Dietrich, Material für die Ausstellung aus Frankfurt a. M., Leipzig, Weimar usw. zusammengebracht.

Amerikanischer Botschafter in Rußland. In Petersburg ist, wie der „Deutsche“ meldet, ein Botschafter der New Yorker Amerikanischen Bibliothek eingetroffen, der vom Sowjetrussischen Reich zahlreiche Bücher zur Verfügungstellung der kaiserlichen Bibliothek in der New Yorker Bibliothek angekauft hat. Burett verhandelt er mit der Akademie der Wissenschaften und der Staatsbibliothek (ehemals kaiserliche) Bibliothek über die Abtretung eines Exemplars aller doppelt vorhandenen wissenschaftlichen Werke dieser beiden Institute.

Der Pariser Pressesumpf.

Poincaré, Klotz und Iswolski auf dem Plan.

Die Pariser „Humanité“ hat in den letzten Wochen ihren Enthüllungsfeldzug über die Befestigung der französischen Presse durch die russische Regierung in der Vorkriegszeit täglich fortgesetzt. Unsere Leser sind seinerzeit über diese Angelegenheit ausführlich unterrichtet worden; die seitdem veröffentlichten Dokumente sind zwar ebenfalls zum Teil recht lehrreich gewesen — es handelte sich namentlich um die genauen Listen der ausgezahlten Schecks und ihrer Bezahler —, jedoch wirkten diese Veröffentlichungen auf die Dauer etwas eintönig und sie vervollständigten lediglich das widerwärtige Bild einer bis auf die Knochen bestochenen Pariser Journaille.

Seit drei Tagen jedoch sind die Enthüllungen in ein sensationelles Stadium eingetreten, weil sie sich auf eine Zeit beziehen, die viel unmittelbarer mit dem Ausbruch des Weltkrieges zusammenhängt. Es handelt sich um die Periode von 1912 und 1913, in der Poincaré zunächst Ministerpräsident, sodann Präsident der Republik war und in der der russische Botschafter Iswolski, wie schon allgemein bekannt und durch frühere Veröffentlichungen aus den russischen Archiven zur Genüge nachgewiesen wurde, im engsten Einvernehmen mit ihm an der Verwirklichung der imperialistischen Ziele des zaristischen Rußlands zusammenarbeitete.

Die Entwicklung der Dinge im Herbst 1912, also nach den Balkankriegen, hatte eine Wendung genommen, die die im französischen Parlament ausschlaggebende radikal-sozialistische Partei insofern beunruhigte, als man sich fragte, ob nicht Frankreich unter Führung Poincarés eines Tages dazu gebracht werden könnte, in einen europäischen Krieg lediglich wegen der russischen Balkaninteressen verwickelt zu werden. Kritische Stimmen wurden im Lager der radikalen Partei laut. Diese Gefahr erkannte nun Iswolski und er drängte bei seiner Regierung dahin, daß ihm ein neuer Befestigungsfonds, speziell zu dem Zwecke der Bearbeitung kleinerer, jedoch einflussreicher radikaler Blätter, „Aurore“, „Lanterne“, „France“ und „Cœnément“, zur Verfügung gestellt werde.

Der Finanzminister Kollowzew hatte jedoch die Erfahrungen mit der Befestigung der Pariser Presse während des russisch-japanischen Krieges und der ersten russischen Revolution in so übler Erinnerung, daß er sich zunächst auf nichts einlassen wollte; erst nach wiederholtem Drängen Iswolskis und Raskolowitsch entschloß er sich dazu, den Kammerherren und Abteilungsleiter im russischen Finanzministerium, Dawidow, nach Paris zu entsenden. Diese Reise erfolgte Ende Oktober 1912, wobei zunächst folgendes Ergebnis in einer Unterredung zwischen Poincaré und Dawidow erzielt wurde: Eine sofortige Befestigungsaktion sollte nicht stattfinden, jedoch ein Fonds in Höhe von 300000 Franken für einen etwaigen plötzlichen Notfall zur Verfügung gestellt werden.

Aber schon nach wenigen Wochen, Mitte Dezember, trat der damalige französische Finanzminister Klotz auf den Plan, der im Einvernehmen mit Poincaré den Wunsch äußerte, daß 100 000 Franken, also ein Drittel des berei-

stehenden Fonds, sofort verteilt würden, und zwar sollte Klotz die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen.

Das geschah. In sehr eingehenden vertraulichen Berichten von Kollowzew an Sazonoff und von Raskolowitsch an Iswolski und Dawidow kommt das Erstaunen der russischen Herren über diese plötzliche Inanspruchnahme zum Ausdruck, sowie ihr Unbehagen über diese eigenartige Wendung der Dinge; denn auf diese Art waren sie nur noch die Geldgeber der Korruption, aber jene dunklen Geschäfte stifteten ihnen immer mehr aus den Händen, weil Klotz im Auftrage Poincarés die Verteilung selbst übernommen hatte. So wußten die Russen schließlich nicht einmal mehr genau, wer ihre Gelder einsteckte, so daß ihnen die Kontrollmöglichkeit darüber fehlte, ob sich diese Befestigungsaktion auch rentierte.

Ueber die weitere Entwicklung der Angelegenheit, soweit sie in der gestrigen „Humanité“ enthüllt wird, unterrichtet nachstehendes RTS-Telegramm aus Paris:

Die Enthüllungen der „Humanité“ aus den Akten des zaristischen Rußlands nehmen seit gestern einen hochpolitischen Charakter an. Heute wird ein längerer Bericht Iswolskis an Sazonoff veröffentlicht. Der Bericht ist von Paris am 1. (14.) Februar 1913 abgefaßt worden. In dieser Depesche legt Iswolski den Zweck seiner Aktion auseinander. Er berichtet, die außerordentliche gegenwärtige Lage lasse einen gewissen finanziellen Druck auf die französische Presse wünschenswert erscheinen. Aus seinen Unterredungen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten, jetzigen Präsidenten der Republik habe er sich überzeugen können, daß Poincaré seine Ansicht teile. Er habe jedoch den Wunsch geäußert, daß nichts nach dieser Richtung unternommen werde, ohne ihn zu unterrichten. Die Verteilung der Unterstützungen auf die französischen Presseorgane sei unter Beteiligung der französischen Regierung und durch Vermittlung einer von ihr genannten Persönlichkeit, nämlich Herrn Lenait, vorgenommen worden. Seine Politik rechtfertigt Iswolski in dem Bericht mit den Worten, seit Beginn des Balkankrieges habe er sich ohne Unterlaß bemüht, in den ersten französischen Blättern eine Diskussion zu unterhalten, die mit dem russischen Standpunkt in Einklang stehe und durch die, wie Außenminister Sazonoff anerkannt habe, in dieser Beziehung höchst greifbare Ergebnisse erzielt wurden. In der letzten Zeit habe sich in Verbindung mit den Präsidentschaftswahlen in einem gewissen Teil der französischen Presse eine Agitation gegen die angeblich zu weitgehende Unterordnung der Außenpolitik unter die russischen Interessen und ihre Direktiven herausgebildet. Iswolski spricht sodann von den Unterredungen, die er mit Raskolowitsch hatte, um ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, seine gegen Österreich-Ungarn gerichtete Balkanpolitik zur Geltung zu bringen. Er plaudert aus, er habe Raskolowitsch u. a. erklärt, daß er in den letzten Monaten die Vermittlung von Journalisten der verschiedensten Kategorien habe in Anspruch nehmen müssen, angefangen mit den bescheidensten Persönlichkeiten und daß er diese Vermittlung auch künftig noch brauchen werde.

Je näher die Zeit des Ausbruchs des Weltkrieges heranrückt, desto interessanter scheint also der Inhalt der russischen Letztüre zu werden.

Hermann Müller und General de Meß.

Das Wolffsbureau verbreitet folgende Meldung aus Paris:

„Der elsässische Sozialist Grumbach spricht im heutigen „Quotidien“ von einer Reise, die der Führer der sozialistischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, vor ungefähr drei Jahren durch die Pfalz unternommen hat. Er war erstaunt gewesen, als ihn General de Meß zu einer Unterredung gebeten habe, in deren Verlauf sein Ersuchen noch größer geworden sei, als ihm General de Meß ohne Umschweife den Vorschlag gemacht habe, für die Los-trennung der Pfalz vom Deutschen Reich zu arbeiten. Grumbach fügt hinzu, General de Meß müsse feinerlei diplomatische Qualitäten besitzen, falls hätte er wissen müssen, daß ein Mann namens Hermann Müller den Berliner Friedensvertrag unterschrieben habe und später Reichszugler gewesen sei.“

Dazu schreibt uns Genosse Hermann Müller:

Vom 25. bis 27. Februar 1922 hielt ich drei öffentliche Volksversammlungen in Kaiserslautern, Neustadt a. d. Saar und Ludwigshafen ab. Am 27. Februar früh suchte mich der Adjutant des Generals de Meß in Ludwigshafen auf und bat mich im Auftrage des Generals um eine Besprechung, die durchaus privaten Charakter haben sollte. Nach Rücksprache mit der Pfälzer sozialdemokratischen Parteileitung erklärte ich mein Einverständnis und fuhr am Nachmittag nach Speyer, wo die Unterredung in der Privatwohnung des Generals de Meß ohne weitere Zugen stattfand. General de Meß sprach in einer 15ständigen Unterhaltung mit mir die Probleme einer deutsch-französischen Verständigung durch, insbesondere die Reparationsfrage und das Problem der Sicherheit Frankreichs. General de Meß hat dabei von einer Loslösung der Pfalz aus dem Reichsverbande in keiner Weise gesprochen. Dagegen sprach er von der Notwendigkeit einer von Preußen losgelassen Rheinischen Republik im Rahmen des Reichs unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Möglichkeit der Herbeiführung einer solchen durch Volksabstimmung auf Grund des Art. 18 der Reichsverfassung. Ich erwiderte ihm, daß alle politischen Parteien des Rheinlandes übereingekommen seien, eine solche Abstimmung nicht vorzunehmen, solange französische Bajanette das Rheinland beherrschten. Nach meiner Rückkehr nach Berlin habe ich dem Reichszugler Birch und dem Reichsminister Rathenau von dem Inhalt der Unterredung Mitteilung gemacht. Die Behauptungen Grumbachs sind also, soweit der Inhalt der Unterredung in Betracht kommt, irrtümlich.“

Wofür Frankreich Geld hat.

Zunehmend mehr Propaganda-Ausgaben.

Wie die Epresch-Correspondenz berichtet, hat nach Her eingetroffenen Meldungen die französische Kammer einen Gesetzentwurf angenommen, wonach für die Propagandazwecke ein Zusatzkredit von 6 Millionen Franken für 1923 angefordert wird. Damit erhöhen sich die von Frankreich für Propagandazwecke ausgegebenen Mittel auf 63 Millionen Franken. Hiervon entfallen 46,7 Millionen auf Propagandamittel des auswärtigen Amtes. Aus der Begründung des Gesetzentwurfes ergibt sich, daß die Vermehrung der Propagandamittel hauptsächlich zu dem Zweck erfolgt ist, um in den Vereinigten Staaten, in Latein-Amerika und im fernsten Osten englische Werbearbeit für Frankreich treiben zu können.

Interpellation in der Kammer.

Paris, 11. Januar. (RTS.) Der Abg. de Magellot hat in der Kammer eine Interpellation über die Ermordung des Heinz eingebracht. Er fragt, welche Maßnahmen die französische Regierung

zu treffen gedenkt, um die Freunde Frankreichs und des Friedens zu schützen. Die Kammer hat bei Beginn der Sitzung die sofortige Festsetzung des Tages der Beratung abgelehnt.

Polnische Repressalien.

Warschau, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Als Vergeltungsmassnahme für die Ausweisung von einigen tausend polnischen Arbeitern aus Mecklenburg hat das polnische Innenministerium zunächst die Ausweisung von 4 deutschen Staatsbürgern aus dem Posenen verfügt. Morgen sollen noch 24 weiteren Deutschen die Ausweisungsdekrete zugestellt werden.

Am 24. Dezember 1923 hatte der polnische Gesandte in Berlin im Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der Beschwerde geführt wird über die von dem mecklenburgischen Innenministerium angeordnete Durchführung des Rückkehrzwanges gegen die ausländischen Wanderarbeiter in Mecklenburg, da dadurch zahlreiche polnische Staatsangehörige gezwungen worden seien, ihren Besitz zu veräußern und da ferner für den Rücktransport in gesundheitlicher Hinsicht keine hinreichende Fürsorge getroffen worden sei. Zugleich wurden in dieser Note Repressalien gegen Reichsdeutsche in Polen angekündigt.

In der deutschen Antwortnote vom 31. Dezember ist demgegenüber darauf hingewiesen worden, daß die betreffende mecklenburgische Verordnung bereits vor Wochen erheblich abgemildert worden ist, was der polnischen Gesandtschaft auch mitgeteilt worden war, so daß wenigstens neun Zehntel der polnischen Wanderarbeiter in Mecklenburg verblieben sind. Auch von den Abgereisten, deren Zahl die polnische Gesandtschaft auf 1500 beziffert, dürfte die Mehrzahl freiwillig nach Polen zurückgewandert sein. Allen Abgewanderten stehe ferner die Rückkehr nach dem 15. Februar 1924 frei. In Fällen, wo wirtschaftliche Schäden durch Verschleuderung von Besitz eingetreten seien, wurde die Bereitwilligkeit, Schadenersatz zu leisten, zum Ausdruck gebracht, unter der Voraussetzung, daß Repressalien von polnischer Seite unterbleiben.

Folgen des Bombenwurfs.

Die Sprengmittel zu dem niederträchtigen Mordanschlag in Mosgrad stammten von der Tieslandbrigade der „Gewächenden“. Die Polizei hat eine Anzahl dieser Individuen verhaftet und stellt fest, daß diese Verhafteten nicht nur das Bombenattentat verübten, sondern auch die Flucht des Milliardenbetraubanten Kowinics förderten, der ihnen Geld zur Verfügung stellte. Die Tiesländerbrigade wollte einen Putsch verüben, die Regierung verblen fürzen und die Diktatur des Massenmörders Juan Pejas proklamieren.

Oldenburger Dauerkrise.

Im Oldenburger Landtage fanden in diesen Tagen zwischen Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und der Deutschen Volkspartei neue Verhandlungen zur Bildung einer parlamentarischen Regierung statt. Die Besprechungen verliefen wieder resultatlos. Man einigte sich jedoch, die Verhandlungen nach Zulassung des Landtages, der etwa Mitte Februar eröffnet wird, fortzusetzen.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Streik der Kassenärzte.

Die unterzeichneten Spitzenverbände sind wegen des Kerze- streiks mit den Krankenkassen in Verbindung getreten. Dabei wurde festgestellt, daß Gewerkschaften und Kassen durchaus auf gemeinamem Boden stehen. Beide sind der Auffassung, daß durch den wiederholten Vertragsbruch der Ärzte die Krankenkassen im Interesse der Versicherten gezwungen sind, einem unhaltbaren Zustand ein Ende zu bereiten und alle für eine ausreichende Heilversorgung der Kassenmitglieder erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Auch stimmen Krankenkassen und Gewerkschaften vollkommen überein sowohl in der Auffassung der Rechtslage, wie bezüglich der weiter zu ergreifenden Maßnahmen; insbesondere lassen sie keinen Zweifel darüber, daß ein Fortbestand des bisherigen Systems unter allen Umständen vermieden werden muß. Die Gewerkschaften haben auch dem Reichsarbeitsministerium keinen Zweifel daran gelassen, daß dieses die Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß den Krankenkassen die Möglichkeit gegeben wird, eine nach den Grundsätzen moderner zweckmäßiger Heilversorgung notwendige Regelung zu treffen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner Freier Angestelltenbund.

Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Unter dieser Überschrift wurde in Nr. 582 vom 13. Dezember 1923 auf Vorgänge bei den Bauten der Baufirma Lerche u. Nippert für die Gemeinnützige Kriegerheimstättenbau-Gesellschaft in Zossen bei Königs-Wusterhausen hingewiesen. Insbesondere führte die von uns wiedergegebene Zuschrift aus, die dort beschäftigten Maurer, Zimmerer, Hilfsarbeiter usw. seien bisher nach Tarif entlohnt worden, vom 5. Dezember ab aber habe die Firma die Beschäftigten in das Arbeitslosenverhältnis überführen und nur noch Erwerbslosenerstützung zahlen wollen. Das Reichsarbeitsministerium teilt uns nunmehr auf Grund der durch die Reichsarbeitsverwaltung veranlassten Nachprüfung folgendes mit:

Die in Frage stehenden Hochbauten sind bisher nicht aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert, noch seien Erwerbslose durch den Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises gemäß § 9 Abs. 2 der Verordnung vom 15. Oktober 1923 dorthin überwiesen worden. Falls daher die Firma Lerche u. Nippert von den betreffenden Arbeitern tatsächlich verlangt habe, gegen Erwerbslosenerstützung zu arbeiten, fehlt dafür die Rechtsgrundlage.

Anders liegt es natürlich bei denjenigen Arbeiten, die bisher aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert worden sind (Urbarmachung von DeNand); hier haben die Arbeitnehmer gegen die bestimmungsgemäße Verwendung der Entlohnung auch keinen Widerspruch geltend gemacht. Von der Reichsarbeitsverwaltung sind sofort Schritte eingeleitet worden, um durch Verhandlungen mit der Firma und den Vertretern der in Frage kommenden Organisationen den Streitfall baldmöglichst beizulegen.

Somit wäre der eine Fall aufgelöst. Es liegt hier zweifellos ein betrügerisches Manöver der betreffenden Baufirma vor, das infolgedessen symptomatisch ist, als es zeigt, was die Unternehmer sich heute herauszunehmen glauben dürfen.

Darüber hinaus bedarf jedoch die gesamte Politik des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge dringend der Klärung. Gerade die in ein eigenartiges Halb Dunkel gehüllte Politik des Reichsarbeitsministeriums hat erst das betrügerische Manöver der Firma Lerche u. Nippert entstehen lassen können. Notwendig ist, daß das Reichsarbeitsministerium mittels 1. welche Art Arbeiten bisher aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge finanziert wurden und 2. ob beachtlich ist, noch andere Arbeiten, insbesondere Bauarbeiten, auf die produktive Erwerbslosenfürsorge zu übernehmen. Angeht die Entlohnungsfrage, die für Arbeiten, die aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bestritten werden, vom Reichsarbeitsminister angeordnet wurden, haben die Arbeiter alle Ursache, darüber Klarheit zu bekommen, ob nicht auf dem Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge für die aus Lohnkämpfen entstehende Erwerbslosigkeit gesorgt wird.

Rundgebung der Bankangestellten.

Vor einer Niefenversammlung der Beamten und Angestellten der Groß-Berliner Banken referierten Emons und Marx vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten über den Aufbau der Gehälter und des Achtstundentages.

Emons führte aus: In keinem Gewerbe sind so wie bei den Banken die Gehälter schon vom September ab abgebaut worden. Aber auch zur besten Zeit, als die Banken das Geld nur so scheffelten, haben sie nur bescheidene Existenzgehälter gezahlt. Woran lag es, daß mit November eine Gehaltsminderung einsetzte, die bis zu 40 Goldmark für über 20jährige Angestellte herabging? Die Inflationsperiode ist selbst vom kapitalistischen Gesichtspunkt aus gesehen, vom Bankkapital nicht geschäftsmäßig einwandfrei wahrgenommen worden. Die Leiter und Direktoren machten die besten Geschäfte auf eigene Rechnung; die faulen Transaktionen verblieben den Gesellschaften. So ergibt sich, daß die stolzen Bankinstitute trotz glänzender Fassaden innen hohl sind. Die Folgen dieser Politik spüren jetzt die Angestellten an ihren Gehältern, und wenn sie bescheidene Bezahlung ihrer Arbeitsleistung

verlangen, verweist man auf die geringen Kredite der Rentenbank; an eine Auffrischung der Reichsfinanzen aus den Quellen, aus denen noch zu schöpfen wäre, denkt man nicht. Uns fehlt der rücksichtslose Finanzdiktator, der Namen und Besitz nicht schont. Redner schildert die Zusammenarbeit der Schwerindustrie mit den französischen Militärbehörden im Ruhrrevier, die die Bahn auch frei gemacht habe für die Diktatorkräfte des Bankkapitals gegen ihre Angestellten. Wenn wir uns nicht zum Kampf gegen diese Geld- und Gewalt diktatur unserer innerdeutschen Wächter zusammenschließen, sind die deutschen Arbeiter nicht der Hilfe der internationalen Arbeiterbewegung wert. Alle Anstrengungen, die Rentenbank zu halten, werden auf dem Rücken der Arbeitnehmer gemacht.

Der Schiedspruch, der eine Kürzung des Gehalts und eine Verlängerung der Arbeitszeit brachte, sollte auf Antrag der Unternehmer mit größter Beschleunigung für verbindlich erklärt werden, um, wie die Unternehmer sagten, die Un-

Versammlung aller arbeitslosen Genossen der NSD. Groß-Berlin

am Dienstag, den 15. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, in den Maffierkassen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, gr. Saal.
Vortrag des Gen. Dr. Moses, MdR., über Menschenökonomie Mitgliedsbuch der Partei legitimiert. Der Bezirksvorstand.

ruhe aus den Betrieben zu bringen. Ja, glauben denn die Bankgewaltigen, sagte Emons, daß diese Unruhe mit Verbindlichkeitsverpflichtungen aus der Welt zu schaffen ist? Die Unruhe wird sich steigern, wofür die Verantwortung diejenigen trifft, die allein die Schuld daran tragen. Der Wille zur Befreiung von der Rohstoffmanie muß uns alle beherrschen. (Anhaltender Beifall.)

Der nächste Redner, Marx, beleuchtete die Bestrebungen, den Achtstundentag abzubauen. Die wirtschaftliche Erfahrung lehrt, daß niedrige Löhne und lange Arbeitszeit immer zusammengehören. Das Unternehmertum hat seinerzeit freiwillig, ohne Einschränkung, den Achtstundentag anerkannt. Aber bald begann der Kampf dagegen. Der Thyllen-Brief an Reichstanzler Birth, Siines' zwei unbezahlte Überstunden und Demburgs Reichsarbeitsstunde sind nur Stappen auf diesem Wege. Nachdem das Unternehmertum so alle Vorbereitungen getroffen hatte, fiel der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes dementsprechend aus. In den parlamentarischen Verhandlungen sind den freien Gewerkschaften, die an dem Achtstundentag festhielten, die gegnerischen Organisationen in den Rücken gefallen. Wenn die Unternehmer es jetzt so hinstellen, als ob der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft von der Verlängerung der Arbeitszeit abhängt, muß doch gesagt werden, daß man es unterlassen hat, an eine technische Ausgestaltung der Betriebe heranzugehen. Jetzt steht der Abzug und nun sollen Arbeitszeit und Löhne herhalten.

Die heutige Rundgebung habe ihre Wirkung nicht verfehlt, wenn die Bankangestellten entschlossen seien, in den kommenden besseren Zeiten des verlorenen Terrain wieder zurückzuerobieren. Nicht Harmoniedeserei, sondern klare Erkenntnis darüber sei notwendig, daß sich im Kampf die Klassen der Unternehmer und der Arbeiter entgegenstehen.

Unter lebhaftem Beifall nahm die Versammlung eine im Sinne der Referenten gehaltene Entschließung an.

Trohender Kampf in der Musikinstrumentenindustrie.

Seit mehr denn 7 Wochen versucht der Deutsche Holzarbeiterverband mit dem Arbeitgeberverband der Berliner Musikinstrumentenindustrie das bisher bestandene Tarifverhältnis zu erneuern. Trotz Inanspruchnahme der Schlichtungsinstanzen ist bisher eine Verständigung infolge des brutalen Auftretens der Arbeitgeber nicht erzielt worden.

Diese Gruppe der Schwerverdiener hält gleichfalls die Zeit für gekommen, ihren Nachtwilen unter allen Umständen durchzusetzen und scheut sich nicht, künstliche Stilllegungen, Kurzarbeit und Entlassungen in der unverantwortlichsten Weise vorzunehmen, um den Boden für die vorzunehmende Handlung reif zu machen. Rücksichtslos gingen die Scharfmacher zum Lohnabbau vor. Der Tariflohn von 857 Milliarden wurde drastisch auf 50 Pf. festgesetzt und die auf der Grundlage des Mantelvertrages aufgebauten Akkordtarife unter Vertragsbruch reduziert, so daß die Mehrzahl der in der Branche beschäftigten Facharbeiter in der Weihnachtswoche 4 bis 6 M. erhielten, ja in einzelnen Betrieben sich die Herrschaften nicht scheuten, wohl aus den Gefühlen der Nächstenliebe, die Arbeitnehmer zum Weihnachtstest mit 7 bis 8 Pf. nach einwöchentlicher Arbeitsleistung abzuspülen!

Daß infolge dieses Auftretens der Arbeitgeber, Ne zwar nicht aus eigenem so handeln, sondern auf Anweisung eines Scharfmacherkleebliats, sich die Erbitterung der Arbeitnehmer herausgebildet hat, ist verständlich und hat bei der Firma Bestlein dahin geführt, daß die 600 im Betriebe Beschäftigten die Arbeit restlos eingestellt haben. Daß gerade in diesem Betriebe, der im großen Teil Arbeitnehmer beherbergt, Ne ihr 25jähriges Jubiläum gefeiert haben und durch deren Hände Arbeit die Firma ihren Weltruf erworben hat, die Arbeiter zum äußersten griffen, zeugt von der Unverantwortlichkeit des Auftretens der Scharfmacher.

Eine ungeheure Erregung lösten die Schilderungen der einzelnen Betriebsvertreter in der am Dienstag in Kleins Festfäden togenden Versammlung aus, und weitere Arbeitseinstellungen konnten nur dadurch verhindert werden, daß den Versammelten erneute

Verhandlungen, die am Mittwoch stattfinden sollten, bekanntgegeben wurde. Die Versammelten beschloßen, um der Organisationsleistung und ihrer Verhandlungskommission eine Verständigung mit den Arbeitgebern zu ermöglichen, nicht an der alten Forderung von 70 Pf. festzuhalten, sondern die Basis auf 65 Pf. zu reduzieren.

Bei den dann am Mittwoch nunmehr fastgefundener erneuten Besprechungen verlangten die Arbeitgeber eine grundsätzliche Erklärung dahin, ob der Holzarbeiterverband bereit sei, die bisher bestehende Arbeitszeit von 46 Stunden in eine solche von 54 Stunden umzustellen. Nur unter der Preisgabe der jeweiligen Arbeitszeit könne über weitere Lohnregelungen gesprochen werden.

Diese erneute Provokation ist von den Unterhändlern unter Protest zurückgewiesen worden. Die Herren sind nicht im unklaren darüber gelassen, daß der Angriff auf die Arbeitszeit offener Kampf heißt.

Es darf an dieser Stelle wohl hervorgehoben werden, daß die Arbeitnehmer allen Anlaß haben, gerüstet zu sein, um dem brutalen Vorgehen der Arbeitgeberseite im gegebenen Augenblick Einhalt zu leisten. Stärkt Eure Organisation und der Angriff der Scharfmacher wird zerfallen!

Der Kampf in Rheinland-Westfalen.

Die Streikbewegung im rheinischen Industriegebiet dehnt sich jetzt auch auf das Ruhrrevier aus. Der Vorstand der Vermittlungsstelle Gelsenkirchen des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat am Donnerstag den Streik beschloßen, der bereits am Freitag früh einsetzte. Die Arbeiter der Gelsenkirchener Hochöfen verließen bereits am Donnerstag nach achtstündiger Arbeit die Werke. Die Direktion der Hochöfen beabsichtigt, die Arbeit wieder einstellen zu lassen. Die Christlichen und Hirsch-Dünckerischen Metallarbeiterorganisationen fordern ihre Mitstreiter auf, sich nicht an dem Streik zu beteiligen. Da infolge der verschiedenen Parolen ein Teil der Arbeiter zur Arbeit erschienen war, kam es vor einigen Werken zu Zusammenstößen. Bisher griff die Polizei nicht ein.

Eine Geschäftsführerkonferenz des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer von Rheinland und Westfalen nahm am Donnerstag in Duisburg Stellung zur Arbeitszeitfrage. In einer Entschließung werden die Mitglieder aufgefordert, den Abwehrtampfs auf der ganzen Linie aufzunehmen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln tatkräftig zu unterstützen. Wenn der Ruf zur allgemeinen Arbeitsniederlegung ergebe, müsse diesem Folge geleistet werden.

Achtung, Angestellte des Einzelhandels! Die Entscheidung der Einzelhandelsgemeinschaft ist uns Freitag abend nicht zugegangen. Es ist somit entsprechend dem Beschlusse in der Funktionärerversammlung zu verfahren. Meldungen nicht vergessen. Zentralverband der Angestellten.

Angestellte der Berliner Metallindustrie.

Die Metallgewaltigen haben nach Abbruch des Hungerabwehrtampfs der Arbeiterseite Hunderte von Gewerkschaftsfunktionären und Mitgliedern aufs Straßenspalier geworfen. Durch diese brutale Maßnahme soll die Gewerkschaftsbewegung geschwächt und die Arbeitnehmerseite rücksichtslos niedergedrückt werden. Das soll nicht gelingen! An der Solidarität von Kopf- und Handarbeitern werden diese Absichten wirkungslos zerfallen!

Wir fordern daher alle Angestellten auf, die Opfer des Kampfes finanziell weitgehendst zu unterstützen. Zu diesem Zweck sind Sammelkisten herausgegeben worden, die in den Ortsbüros der einzelnen Ufa-Verbände, Utoth, DWR, und ZDK in Empfang genommen werden können. Die Listen sind nach Umlauf mit den gesammelten Beträgen schnellstens wieder an das betreffende Ortsbüro abzuliefern, von wo aus dann das Geld dem Deutschen Metallarbeiterverband übermittelt wird.

Hoch die Solidarität! Ufa-Metallartikel
Günter Raipar Kothe.

Achtung, Verbandsmitglieder des Metallartikels! Mitglieder einer dem Metallartikel angehörenden Organisation, welche durch die Ansperrung in den UFA-Betrieben nicht wieder eingestellt worden sind, haben sich bei ihrer Organisation zu melden. Die Funktionäre der UFA-Betriebe haben dem Deutschen Metallarbeiterverband Listen einzureichen, welche durch die Ansperrung nicht wieder eingestellt sind. Hierbei ist die Organisationszugehörigkeit zu vermerken. Das Metallartikel.

Achtung, Metallartikel! Die gesammelten Gelder sind umgehend leihend an den Deutschen Metallarbeiterverband, Kienstr. 83-85, 1. B. des Kolonnen Post Trepp. zu übermitteln. Das Metallartikel.
UFA-Betriebsrat, Bezirk 2: Heine, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, bei Bierbaum, Rehanstr. 2, wichtige Zusammenkunft.
Facharbeiterverband, Chemikartell, Montag abend 7 Uhr im Dresdener Hof, Dresdener Str. 96, allgemeine Funktionärskonferenz. Ohne Mitgliedsbuch und Legitimationskarte kein Zutritt.
UFA-Funktionärerversammlung der chemischen Industrie am Montag abend 7 Uhr in Inverlands Hof (Gartenlool), Neue Friedenstr. 35.
Dresdener Gewerkschaft, Fachgruppe Stud- und Gipshan. Am Dienstag abend 8 1/2 Uhr im Dresdener Hof, Dresdener Str. 96. Mitgliederversammlung, welche sich mit dem Lohnabbau und der Ansperrung des Tarifvertrages seitens der Arbeitgeber beschäftigt wird. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. — Die Gruppenleitung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Wenzel Cahn; Gewerkschaftsbewegung: F. Götze; Funktionäre: R. G. Böcher; Solales und Sonstiges: Fritz Korf; Angestellte: H. Glode; Amtlich in Berlin: Verlag: Normkreis-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Normkreis-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Sinner u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2, Dienst 1. Blatt.

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfadern)

auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe. Ori. inal.-Dosen à Gmk. 2.— u. 3.80 franko. Siebanten-Apotheke, Berlin SW. 7, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz.

Inventur-
Ausverkauf
NOCH BIS ZUM 15. JANUAR

Einige Beispiele:

Dirndl - Schuh, gebümt, Kordeilsohle, entzückende Stoffmuster, Größe 36-42	95,-
Damen-Schnür- u. Spangenschuhe, weiss Linnen, Lederabsatz, dauerhafte Strassenschuhe, Größe 36-42	2,65
Mädchen- u. Knaben-Stiefel, kräftiges Rindleder, Ozsen oder Agraffen, unverwundl. Strapazierstiefel, Gr. 31-35 6,40, 27-30	5,50
Damen-Schnürschuhe, echt Chevreau, schwarz, moderne spitze Form, beliebiger halbhohler Absatz, Größe 36-42	7,90
Herren-Agraffenstiefel, schwarz la. Rindbox, kräftige Kernböden, Gr. 40-46	9,50

und viele andere mehr!

Reiser

Unerhört billig!

Die außerordentlichen Leistungen hatten einen Ansturm zur Folge, dem wir trotz sorgfältiger Vorbereitungen und starker Personalvergrößerung nicht gewachsen waren. Viele unseres geschätzten Kundenkreises mußten wiederkommen.

Daher bringen wir in des Ausverkaufs 2. Teil mindestens dieselben Leistungen wie am 1. Tage. Sie können aus vollsortierten Sägen wählen. Wie am 1. Tage sind die Preise unerhört billig!

Was der Arbeiter für den Arbeiter tut.

Rot und Bergweilung, Hunger und Lob gehen durch Deutschland. Die wirtschaftlich Schwachen werden aufgerieben durch die erdrückenden Verhältnisse, die eben stärker sind als die Kräfte der Leidenden. Aber der zielbewusste Wille zum Helfen ist nicht in der Arbeiterklasse erloschen. Das Proletariat, das selbst täglich schwer um seine Existenz ringt, hat ein tiefes Versehen für seine in Elend und Hunger versinkenden Brüder und Schwestern. So haben die Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt seit der Revolution im ganzen Reich geholfen, wo sie konnten, und so gut es in ihren Kräften stand. Die Formen der Sammlung, auch die Arten der Hilfe waren verschieden. Für den Umfang der Rot und für die Wege, die die Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt suchten, um ihr zu begegnen, lassen wir die folgenden Auszüge aus Briefen und Berichten (es sind nur einige, aus den vielen, die uns vorliegen) für sich selber sprechen:

Berlin.

„Wir haben in Berlin mit der erschütternden Tatsache zu rechnen, daß unter den jugendlichen Arbeitern jeder fünfte arbeitslos ist. Der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderbeschäftigung ist nun bemüht, diese große Not zu lindern. Daher beabsichtigt er, Wohn- und Speisestuben für Kinder und Jugendliche einzurichten. Die erste dieser Einrichtungen ist in Dr. Neumanns Kinderhaus in der Blumenstraße eröffnet worden. Den Kindern und den jugendlichen wird ein warmes Mittagbrot und ein nahrhaftes Vesper verabreicht, und die Jugend durch Unterricht und Beschäftigung gefördert. Wer 30 Goldpfennige pro Tag und Kopf zahlt, hat dadurch ein Kind übernommen und die erhebende und befriedigende Gewißheit, geholfen zu haben. Besseres ist bereits an dieser Stelle über Hilfsmassnahmen der Groß-Berliner Arbeiterwohlfahrt berichtet worden. Aber vieles geschieht in Berlin auch im stillen. So haben die Genossen der Arbeiterwohlfahrt eigene Küchen und Speisungen.“

Leipzig.

In Leipzig will auch die sozialistische Jugend durch Selbsthilfe eingreifen. Darüber liegt folgender Bericht vor: „Im Interesse der arbeitslosen Jugendlichen bis zu 18 Jahren plant gegenwärtig die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Leipzig die Einrichtung einer Nähstube für Mädchen und eine Gelegenheit zu Bastiarbeiten für Jungen. Die Ausführung des Planes hängt von der Beschaffung der Mittel für Licht, Heizung, Miete und auch Material ab. Man rechnet mit der Inanspruchnahme durch 200 bis 300 Jugendliche. Lehrliche Stellen sind in Spandau und in Rospitz eingerichtet. Bischof sind regelmäßige Mittagstische für Kinder und Erwerbslose eingerichtet worden. In anderen Bezirken ist der Arbeiterwohlfahrt die Verwaltung kommunaler Speisestellen übertragen worden. Jetzt sollen, wo es irgend geht, noch Wärmestuben geschaffen werden.“

Chemnitz.

Ein Bild der graufigsten Not gibt ein Brief aus Chemnitz. In ihm heißt es: „Wir haben Orisoreine, in denen bis zu 95 Proz. arbeitslos oder kurzarbeitslos sind. Gemeinden tun, was sie tun können. Chemnitz ist über die eigenen Kräfte gegangen und weiß noch nicht, wo für die nächste Woche die kümmerliche Unterstützung der Erwerbslosen hergenommen werden soll. Die große Not in weiten Wohnstreifen macht die Hilfe aus den eigenen Reihen fast zur Unmöglichkeit. Trotzdem wird gesammelt von Haus zu Haus, in Schulen und Fabriken. Die Schüler bringen jede Woche Brotkrumen, Kartoffeln und Feuerungsmaterial zur Verteilung in die Schule. Ebenso wird es in fast allen anderen Orten gemacht. Aber was soll alles das sagen bei dem grenzenlosen Elend? Wäsche, Kleider und Schuhwerk können wir doch nicht beschaffen. Die Luft zum Geben erschläßt schließlich auch, weil eine Not die andere treibt. — In der Ruhrinderhilfe haben viele unserer Orisoreine glänzend gearbeitet. Es war eine helle Freude, die Kinder bei unseren Arbeitern zu sehen. Viele von unseren Leuten haben den Kleinen Kleider vermach, Mäntel und Schuhe gekauft, trotzdem sie selbst nicht auf Rosen gebettet sind.“

Hannover.

Kurz vor dem Fest wurde aus Hannover geschrieben: „Wir haben zurzeit alle Kräfte angespannt, gilt es doch, eine Weihnachtsbescherung für etwa 2000 Familien, die vollständig verarmt sind, zu veranstalten.“ In einem neuen Brief wird darüber gesagt: „Wir konnten 400 Familien (nur die bedürftigsten hatten wir ausgewählt) eine Weihnachtsfreude machen. Wir haben keine große Weihnachtsfeier veranstaltet, sondern haben den Familien die Gaben so überwiesen, daß sie ihren eigenen Weihnachtstisch damit decken konnten.“

Waldenburg.

Aus Waldenburg l. Schl. wird mitgeteilt: „Hier ist die Not grenzenlos. Die Kinder sind ohne Essen. Von der Reichswehr in Schwelmünd haben wir uns zwei Soulaschkanonen besorgt, und unsere Frauen des Arbeiterwohlfahrtsausschusses kochen und verteilen zweimal täglich Essen. Die Mittel werden bei Kaufleuten, Landwirten usw. gesammelt. Wenn es mal nicht reicht, werden von Geschäftsleuten Waren auf Kredit genommen. Das Heizungsmaterial ist zum Teil von den Bergarbeitern geschenkt worden.“

Rot macht erfindertisch! Auch die in der Arbeiterwohlfahrt mitarbeitenden Genossinnen und Genossen sind erfindertisch geworden. Aber gesagt muß noch einmal werden, was vor einigen Wochen an dieser Stelle ausgesprochen wurde: Keine Verteilung der Kräfte! Alle Genossinnen und Genossen, die sich der sozialen Arbeit widmen können, sollen dies restlos im Dienst ihrer eigenen Organisation, der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt, tun.

Vorbeugende Erziehung.

Noch immer hat das Wort Erziehungsanstalt einen bösen Ruf, der dem so solche Anstalt durch behördlichen Beschluß hineingestreckten jungen Menschen nicht selten durch sein ganzes Leben folgt. Trifft auch eine durchgreifende Besserung ein, so wird doch später bei jeder Gelegenheit die Tatsache der Fürsorgeerziehung verächtlich und mißtrauisch herorgehramt. Dieses Vorurteil ist um so härter, als die gefürchteten Kinder und Jugendlichen in den weitaus meisten Fällen die Opfer ihrer Geburt, ihrer Umwelt und mangelhaften Erziehung im Elternhause sind. Selbst da, wo den Eltern eine besondere Schuld beizumessen ist und ihnen die Entartung ihres Kindes unbegreiflich erscheint, kann der tiefer Schürfende häufig eine Vererbung, die auf Generationen zurückweist, feststellen.

Ueberhaupt wird im großen Publikum, das den entgleiten Jugendlichen so leicht ohne weiteres mit dem Verbrecher in einen Topf wirft, noch viel zu wenig erkannt, daß in jedem dieser Jugendlichen eine Verantwortung liegt, die nur durch wirksame soziale Verhältnisse oder solche Ereignisse, wie es der Krieg war, ausgegült zu werden braucht und oft ausgegült wird. Das erfordert bei derartigen Naturen gerade im Jugendalter die schärfste Aufmerksamkeit, aber auch möglichst vorbeugende Maßnahmen, die an der für das spätere Leben gefährlichen Klippe der Erziehungsanstalt vorbeiführen. Dazu kommt, daß wir leider nur wenige wirklich gute Erziehungsheime haben, die stets überfüllt und in ihren Erfolgen vorbildlich sind, während nicht so einwandfreie Anstalten mit allzu strenger, loserenmäßiger Nachsicht den Erfolg der Dauerwirkung gefängnisartiger Methoden bisher nicht nachzuweisen vermochten. Für Groß-Berlin, das ja für den zur Entartung neigenden Jugendlichen von jeder ein guter Wucherboden war, liegt jetzt eine für das Jahr 1922 abgeschlossene Fürsorge-Erziehungsstatistik vor. Hiernach wurden insgesamt 1872 Jugendliche den einzelnen Jugendämtern rechtskräftig zu Fürsorgemaßnahmen überwiesen. Auf die 6 Innenbezirke entfielen 259, auf die 14 Außenbezirke 813 Jugendliche. Obenan steht der Bezirk Friedrichshain mit 230 Fällen, dann folgen die fünf übrigen Innenbezirke mit 127

bis 178 Fällen. Bei den Außenbezirken überragen Reutlitz und Schöneberg mit je 113, Lichtenberg mit 100 Fällen, was bei dem Charakter dieser Bezirke keineswegs hoch ist, während die übrigen 11 Außenbezirke unter 50 bleiben, Treptow sogar nur 9 und Zehlendorf nur 4 Ueberweisungen zählten. Auf je 10 000 Einwohner kamen in den Innenbezirken 4,5, in den Außenbezirken 4 Ueberweisungen.

Ein besonders interessanter Art hat der Bezirk Treptow auch im Jahre 1923 gearbeitet. Man machte hier die Erfahrung, daß Kinder, die im Elternhause vernachlässigt waren, sich bei der Verpflanzung in eine sozial besser gestellte und moralisch gefestigte Familie nichts mehr zuschulden kommen ließen. Zu dieser die Erziehungsanstalt umgehenden Maßnahme war allerdings die Genehmigung der Eltern nötig. Wurde die Genehmigung nicht erteilt, so führte die gerichtliche Aberkennung der Erziehungsrechte zum Ziel. Oft wollten die Kinder gar nicht mehr zu den Eltern zurück. Wo sie in einzelnen Fällen nicht lebhafte blieben, geschah es meistens auf Betreiben der Eltern.

Das Wohlfahrtsopfer der Tanzlustigen.

Eine Verfügung des Ministers.

Angefaßt der außerordentlichen Enthaltensamkeit, der sich in Bezug auf die tätige Linderung der großen Volksnot gerade jene Kreise befleißigen, die am liebsten jeden Tag und jede Nacht zu einem Fest machen möchten, hat sich der preussische Minister des Innern zu einer Maßnahme veranlaßt gesehen, die den Zweck verfolgt, jenen etwa lebenslustigen einen Teil oder ein Teilchen des ihnen so locker sitzenden Mammons abzunehmen, um es der Spielungsaktion für die Notleidenden zuzuführen. Um eine gerechte Verteilung der Kosten zu bewirken, sind die den Tanz pflegenden Betriebe in vier Gruppen geteilt worden, und zwar Gruppe A, die sogenannten Hoelgruppe, umfaßt die großen Berliner Hotels, Gruppe B die sogenannten Augustanzustalten, Gruppe C die mittleren Saalbetriebe, Gruppe D die kleineren Saalgeschäfte. Die Betriebe sind verpflichtet, von jeder von ihnen verkauften Eintrittskarte Zuschläge zu erheben, die für die Gruppe A 150 Proz. zur Kartensteuer, in der Gruppe B 100 Proz., in der Gruppe C 50 Proz. und in der Gruppe D 33 1/3 Proz. betragen. Zur wirksamen Förderung der Volkspeisung hat sich der Minister entschlossen, seine bisherigen Besenken, den öffentlichen Tanz in den einwandfreien Hotels zuzulassen, aufzugeben, und sich damit einverstanden zu erklären, daß an einem Tage in der Woche ein öffentlicher Tanz in vorher bestimmten Räumen jener Hotels stattfinden. Weiterhin ist der Minister damit einverstanden, daß in Zukunft denjenigen Gaststätten, denen es bisher erlaubt war, dreimal in der Woche öffentlich tanzen zu lassen, ein vierter öffentlicher Tanztage eingeräumt wird.

Die Wohlfahrtsdeputation, Ausschuss für Volkspeisung, teilt mit: Im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidenten sowie den Vertrauensleuten des Gastwirtsverbandes ist es der Volkspeisung gelungen, mehrere größere Restaurationsräume zum Zwecke der Volkspeisung einzurichten, so das Tagesrestaurant des Behrerereinsbauhofes, den großen Saal der Brauerei Böhme. Neu eingerichtet werden am Montag, den 14. Januar 1924 das Tunnelrestaurant des Saalhaus Friedrichshain, Am Friedrichshain Nr. 16/23, und am Mittwoch, den 16. Januar 1924, der kleine Saal der Rika-Festhalle, Schönhauser Allee 130, Eingang Rikastraße. Hierdurch wird es ermöglicht, nach und nach die bisher der Schule entzogenen Turnhallen ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zuzuführen. Der Verkauf der Schmarren im Tunnelrestaurant des Saalhaus Friedrichshain beginnt mit Freitag, den 11. Januar 1924, der Verkauf im kleinen Saal der Rika-Festhalle mit Montag, den 14. Januar, in der Zeit von 11 1/2 bis 2 Uhr.

Berlin Fremdenverkehr im Dezember.

Berlins Fremdenverkehr im abgelaufenen Dezember hielt sich genau auf der Höhe oder richtiger auf der Tiefe des vorausgehenden November. Gegen 73 658 Gäste im Städtigen November brachte der 31tägige Dezember 75 445. Wieder eine Ziffer, wie sie so niedrig seit einer langen Reihe von Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist. Der Ausländerzuzug betrug insgesamt 5288. An erster Stelle erscheint — nach den Ermittlungen der Zentralkasse für den Fremdenverkehr Groß-Berlins — Oesterreich mit 655 Besuchern. Es folgen Holland mit 529, Rußland mit 523, Polen mit 469, Schweden mit 437, Amerika mit 423, Dänemark mit

Copyright Georg Meißner, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Auch die alte zahnlöse Frau des Elias Flata war da, den der Kristaver zuletzt angeheuert hatte. Und der siebzehnjährige, krummbeinige Alte wollte sich jetzt richtig vor der Alten zeigen, er trabte in Elezeus Hyllos Wassertrüffel am Strande umher und hatte dies und jenes zu erledigen, — dachte die Alte etwa, hier sei Zeit, lange zu stehen und zu schwagen und guten Tag zu sagen, — er war doch wieder Lofotmann und mußte alles beaufsichtigen.

Aber wie die Gruppe beisammensteht, kommen zwei Kinder einen Pfad entlanggelaufen und hinter ihnen eine Frau, die sie zurückrufen will. Aber sie wollen an den Strand wie die anderen, und jetzt sehen die Leute, daß es Elezeus Hyllos Kinder sind, ein Knabe und ein Mädchen von fünf, sechs Jahren.

Und ehe die Mutter sie halten kann, sind sie unten, und Berit selber steht, ohne es zu wollen, auch auf einmal mitten unter den anderen.

„Anna — Ber — kommt jetzt!“ sagt sie ganz verzagt. Es wird so still um sie her. Alle sehen die beiden Kinder an. Und sie — sie richtet sich auf, ihre Augen wandern von einem zum anderen und bleiben am Bootsführer hängen, als habe sie ihn etwas zu fragen.

Alle vergaßen sich selbst und sahen nur diese junge, schmutzige Frau in dem blauen Kleide mit dem goldfarbenen Haar an. Und das Schlimmste war, daß das fünfjährige Mädchen jetzt fragte: „Wo ist der Vater?“

Es ging wie ein Ruck durch die Gruppe. Bis die Alte aus Mynan vortrat und sagte: „Arme Kleine! Dein Vater kommt wohl später!“

Da nahm die Mutter die beiden Kinder an sich, und eines an jeder Hand begann sie ihres Weges zu gehen.

Aber da ging Kristaver ihr nach, sie drehte sich um, und jetzt streckte er die Hand aus. Das sahen die Leute, und Kirchenstille wurde es.

Sie hörte ihn sagen: „Ja, ja, Berit, du sollst sehen, hier wird Rot.“

Ihr stiegen die Tränen in die Augen, sie fragte, ob sie Elezeus Kiste mitgebracht hätten, und jetzt trat Lars heran und versprach, das Ganze ihr noch heute abend mit dem Schubkarren zu bringen.

Da ging sie langsam den Pfad hinauf, ein Kind an jeder Hand. Sie sah sich nicht um, aber alle blickten ihr nach.

Geschäftige Jungen machten sich an den Zollen zu schaffen, es war keine Kleinigkeit, Vaters Lederhosen oder seinen Pelrock nach Hause schleppen zu dürfen. Und die Gruppe wollte sich eben trennen und nach Hause gehen, als ein Wagen mit einem kleinen Pferde herantam. Ein junges Mädchen sah vorn und lenkte, und hinter ihr sah ein alter Mann mit weißem Haar und Bart und hielt sich fest. Das Mädchen lächelte bleich, als bäte sie um Verzeihung, daß sie kämen.

„Brrr! Sie hielten an, der Alte kletterte vom Wagen und das Mädchen blieb stehen und hielt das Pferd am Kopf fest. Sie begriff erst jetzt, wie verkehrt es gewesen war, mit dem Vater herzufahren.“

„Bist du es, Ola!“ sagte Kristaver und ging dem Alten entgegen. Aber diesmal zuckte sein Gesicht, als habe er Zahnschmerzen, und er war so bleich, wie ein wettergebräunter Fischer werden kann. Er stand vor dem Vater des Mannes, den er losgelassen hatte, in der Nacht, als sie auf dem Westfjord auf gekentertem Boot umhertrieben.

Der alte, halbblinde Mann kam, auf seinen Stock gestützt, gerade auf ihn zu. Auf dem Kopf hatte er jetzt seinen breiten, schwarzen Kirshenhut. Sein Friesrock war ganz kurz und hatte vorn und hinten blanke Silberknöpfe.

„Guten Tag!“ grüßte er lebhaft. „Du bist also auch unterwegs! Ja, das bist du wohl, Kristaver. Hehe. Ach ja, du bist schon manchmal Wintertag unterwegs gewesen.“ Er hielt inne und stützte sich auf den Stock. „Ja, ja. Aber wo ist Kaneles?“

„Hm!“

Keiner sagte ein Wort. Alle blickten die beiden an. Aber vom Pferde her ertönte die Stimme des jungen Mädchens: „Vater! Vater, komm her!“

Der Alte blickte sich um. „Komm her!“ äffte er nach. „Kannst du nicht einmal das kleine Pferd halten, du großes Mädel?“ Und jetzt wendete er sich wieder zu Kristaver. „Ja, wo bleibt denn Kaneles? Ist er noch nicht an Land gekommen?“

Er wartete eine Weile, dann fuhr er fort: „Er hat doch nicht etwa schon ein Mädel erwischt? Hehehe! Ja, die sind hinter dem Jungen her. Aber wie macht er sich auf See? Er ist doch wohl ein tüchtiger Bursch, hehe?“

Unter den Frauen feuerten einige und gingen beiseite. Dieser Greis mit den roten, halbblinden Augen, der hier stand und nach dem Sohn fragte, brachte alle zum Schweigen, und sie entfernten sich.

„Kaneles, ja,“ sagte endlich Kristaver und blickte auf den

Sand zu seinen Füßen. Er konnte nicht mehr sagen, sondern biß sich auf die Lippe.

„Ja, bist du denn nicht hier, Junge?“ Der Alte wurde jetzt ungeduldig und begann umherzublicken und zu rufen: „Kaneles!“ Er wandte sich nach der Richtung, wo er das Boot vermutete und rief lauter: „Kaneles! Bist du noch an Bord?“

Keiner antwortete.

Da trat Kristavers Mutter auf ihn zu und sagte: „Armer Ola, hast du vergessen, was der Pfarrer dir erzählt hat?“

Der Alte strich sich über die Augen. „Der Pfarrer! Hehe! Der Pfarrer! Ja, . . . ja, mir ist, als hätte ich etwas geträumt . . . hehe! Ist es wahr, daß . . . daß Kaneles . . . hm — geblieben ist? Du, Kristaver, du bist doch der Bootsführer, du mußt es doch wissen. Wo hast du Kaneles?“

„Vater — komm her!“ ertönte es vom Wagen her.

„Ja, Kaneles ist geblieben,“ sagte Kristaver endlich leise.

„Wir dachten, du wüßtest es schon.“

Der Alte rang nach Fassung. Er versuchte in den Gesichtern zu lesen, wie dies zusammenhing. Er rieb sich die roten Augen und mühte sich, in seinen eigenen Verstand hineinzusehen. Hm! Ihm dämmerte wieder ein böser Traum. Aber war es wirklich mehr als ein Traum? Kaneles — war . . . war es Wahrheit?

„Ja ja,“ sagte er endlich, richtete sich auf und legte die Hand auf den Hut, als sei er droußen im Sturm. „Ja ja, Leute — wenn es so ist.“

Und das war das Schwerste, was Kristaver je erlebt hatte, als er jetzt die Faust des Alten nahm und sie drückte. „Es . . . es kommt, wie Gott will, Ola! Und können wir dir irgendwie helfen . . . so kannst du dich auf uns verlassen.“

„Hehe! Ist es so?“ Und er wendete sich wieder zu der Tochter. „Dina, du kannst jetzt wenden. Er . . . Kaneles wird nicht mit auffigen.“

Da zerteilten sich die Gruppen, und die Leute schlugen den Weg nach den verschiedenen Hütten ein. Kristaver fiel das Gehen schwer, und doch — die Hütte dort . . . das war sein Heim.

Das Mädchen fuhr mit dem alten Vater durch die Gemeinde hinauf. Sie hatten Kaneles' Kiste mitgenommen und ein Bündel Kleider, auf das der Alte sich jetzt gesetzt hatte, indem er sich mit beiden Händen festhielt.

Aber er hatte schon vergessen, was unten am Strande geschehen war. Die Erinnerung an die früheren Jahre war wieder das einzige, was er sah. Und als sie einen Berg hinaufzogen, sagte er auf einmal: „Dina, sind wir nicht bald oben, daß Kaneles auffigen kann?“

(Fortsetzung folgt.)

334, Tschekoslowakei mit 361, England mit 358 usw. Bemerkenswert mag es sein, daß Frankreich und Belgien, die nach der nun gerade ein Jahr währenden Ruhrbesetzung aus den Berliner Fremdenlisten fast gänzlich verschwunden waren, nun schrittweise wieder erscheinen, und zwar Frankreich mit 53, Belgien mit 46 Wägen. Anzeichen einer letzten Besserung in den Verkehrsverhältnissen machen sich nach den Wahrnehmungen der Zentralstelle jetzt schon geltend; jedenfalls werden die der Verkehrsverbesserung dienenden Verbände demnächst zu einer Beratung über Mittel und Wege zur Belebung des Verkehrs zusammenzutreten.

Strychnin.

Berggiftungstragödie eines Ehepaars.

Aus Furcht vor neuer Trennung von ihrem Mann hat die 41 Jahre alte Ehefrau Elisabeth Kerlenbusch geb. Welger ihren Mann, den 46 Jahre alten Ränderwarenhandlcr Klemens Kerlenbusch in Hermsdorf und sich selbst mit Strychnin vergiftet. Kerlenbusch war früher Gastwirt und betrieb das „Seeschlächten“ in Hermsdorf. Sein geschwächter Gesundheitszustand veranlaßte ihn, diese Wirtschaft aufzugeben und in der Bahnhofstraße 15 ein Ränderwarengeschäft zu eröffnen. Damit hatte er aber nicht den erhofften Erfolg. Die ständigen Sorgen verschlechterten seinen Zustand und auf Anraten des Arztes sollte er jetzt in eine Heilanstalt gebracht werden. Seine Frau konnte sich aber nicht von ihm trennen und beschloß, lieber mit ihm in den Tod zu gehen. Während die Tochter, die in Berlin tätig ist, abwesend war, wurde man auf das Geschäft aufmerksam, weil sich niemand darum kümmerte. Man sah nach, fand die Eheleute kampflos in der Wohnung liegen und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Beide waren schon tot. Die Feststellungen ergaben, daß Frau Kerlenbusch Strychnin in den Kaffee gemischt, diesen ihrem Manne zu trinken gegeben und dann auch selbst davon getrunken hatte. Die Leichen wurden beschlagnahmt.

Auf der Stadtbahn betäubt und beraubt.

Einem außerordentlich gemeingefährlichen Verbrechenspaar ist es gelungen, einen Fahrgast auf der Stadtbahn auf eine bisher noch nicht gekannte Art zu betäuben und zu berauben. Ein 60 Jahre alter Kofferer aus Charlottenburg bestieg um 6 Uhr abends auf dem Bahnhof Zoo einen Vorortzug, der von Potsdam kam. Auf dem Schlesiens Bahnhof verließen alle Mitfahrenden das Abteil und nur zwei Männer stiegen neu ein. Bald darauf schloß der alte Mann ein und erwachte erst um 9 Uhr abends wieder auf dem Bahnhof Zoo, als mehrere Fahrgäste die Abteilstür heftig zuschlugen. Jetzt erkannte er, daß ihm seine schwarze Lederne Aktentasche mit 750 Goldmark, eine Brieftasche mit vier amerikanischen Dollars und seine goldene Uhr mit Kette und die goldene Schiffsnadel, im ganzen für 2270 Goldmark geraubt waren. In tiefer Betäubung war er bis dahin nach Erfurt von dort wieder zurück nach Potsdam, und dann nochmals zurückgefahren. Die Räuber vermutet er in den beiden Männern, die auf dem Schlesiens Bahnhof stiegen. Er hat sie aber nicht weiter beachtet und kann sie deshalb auch nicht beschreiben. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Dr. Niemann im Volkspolizeiamt.

Verkehrverbesserung bei der Straßenbahn.

Außer den in der letzten Zeit vorgenommenen Betriebsverstärkungen sind, wie die Direktion der Straßenbahn mittelst, für die nächsten Tage folgende weitere Verstärkungen des Betriebes und Erweiterungen des Liniennetzes vorgesehen:
Linie 1 5-Minutenabstand, Linie 3 11-Minutenabstand, Linie 4 10-Minutenabstand, und Einzelfahrer Gürtler Bahnhof—Voltenplatz—Strelitzer Straße bzw. Wilhelmshavener Straße—Hansplatz—Neudöberingbahnhof. Linie 23 Verlängerung bis Anhalter Bahnhof, Linie 60e Verlängerung bis Parburgplatz zur Herstellung eines 7½-Minutenverkehrs mit der Linie 60. Linie 69 Verdichtung auf 7½-Minutenabstand, Linie 72 Verlängerung bis Charlottenburg Amtsgelände einwärts und andererseits Verdichtung auf 15 Minuten bis Weissenhof, Antonplatz. Linie 72a Heinersdorf—Altehandelsplatz. Linie 74 Verdichtung auf 7½ Minuten, Linie 76 führt die Schleife Hagenstraße—Brunnwald, Linie 83 und 84 Verdichtung auf 30 Minuten, Linie 87 zwischen Treptow und Köpenick Verdichtung auf 15 Minuten, Linie J auf 7½ Minuten. Neu eingerichtet werden folgende Linien: Linie 11 Huttenstraße über Bahnhöfe, Steiner Bahnhof, Alexanderplatz, Köpenicker Brücke, Schleifener Bahnhof, Treptow bis Neudöbering. Ringbahnhof. Linie 16 soll nach erfolgtem Einbau einer Gleisverbindung am Gürtler Bahnhof durch Oranienstraße bis zur Friedrichs-Ecke befristet verlängert werden. Zur Erleichterung für das Publikum ist beabsichtigt, auf den Linien, die an ihrem Endziel sich abgeben, die frühere Bezeichnung wieder einzuführen: 76 und 176, 23 und 123, 91 und 191. Die Einführungsstage werden in Kürze bekanntgegeben.

Die Stadtbibliothek unter neuer Leitung.

In der Leitung der Stadtbibliothek ist am 1. Januar eine Aenderung eingetreten. Der bisherige Direktor Dr. Arnd Buchholz ist im Alter von 65 Jahren von seinem Posten und seinem Wert geschieden. Er trat 1890 in die Dienste der Stadt Berlin und wurde 1895 Magistratsbibliothekar. Unter seiner Leitung wurden die damals vorhandenen 26 Berliner Volksbibliotheken, die durch jahrelange unangemessene Leitung von Konzelebranten arg vernachlässigt waren, einer gründlichen Umgestaltung unterzogen. Bis zum Jahre 1917 kamen weitere fünf Bibliotheken hinzu. Leider fielen seit dem Jahre 1922 der Finanznot neun Bibliotheken zum Opfer, so daß heute noch 22 Stadtbibliotheken in Berlin vorhanden sind. Im Jahre 1900 genehmigte der Magistrat den Plan einer Zentralstadtbibliothek, die dann endlich im Jahre 1907 in der Zimmerstraße eröffnet wurde. Damit rückte dann auch Berlin in die Reihe derjenigen Städte ein, die durch die Errichtung von freien öffentlichen Bibliotheken und Volksbibliotheken — in höherem Sinne — der Bevölkerung Gelegenheit geben, ihrem Bildungsstreben Genüge zu tun. 1920 begann der große Umzug der Zentralbibliothek in das durch die Umgestaltung der politischen Verhältnisse freigewordene Marsallgebäude. 1921 wurde sie hier wieder eröffnet. Längere Zeit bestand die Gefahr, daß sie nach kurzem Verweilen wiederum verlegt werden sollte. Kapitalkräftige Banken fanden die Räume für ihre Zwecke sehr geeignet.

Der bisherige Leiter der Stadtbibliothek hat gerade in den letzten Jahren eine umfangreiche Arbeit bewältigt, eine Arbeit, die der bildungsbüchernen Bevölkerung zugute kam und volle Anerkennung fand. Die Berliner Zentralbibliothek ist eine wahre Fundgrube des Wissens auf fast allen Gebieten geworden. Dr. Buchholz ist auch literarisch mit einer Reihe von Arbeiten hervorgetreten, die sich zum Teil auf sein Fachgebiet zum Teil auf geschichtliche Themen beziehen. Der bisherige Direktor der Charlottenburger Stadtbibliothek Professor Dr. Gottlieb Frig ist sein Nachfolger geworden.

Bezirksbildungsamt Groß-Berlin. Sonntag, den 13. Januar, abends, im Deutschen Opernhaus: „Mignon“, Montag, den 14. d. M., abends: „Wald“. Einige Karten noch im Bureau des Bezirksbildungsamtes.

Nach Luxemburg hilft den deutschen Kindern.

Angesichts der furchtbaren Not der deutschen Kinder hat die Gewerkschaftskommission Luxemburgs eine Aktion eingeleitet, die die Unterbringung deutscher Kinder bei luxemburgischen Familien bezweckt. Ebenso haben die katholischen Männer- und Frauenorganisationen Luxemburgs einen warmherzigen Aufruf zu Spenden für die Vinderung der deutschen Not erlassen, der zweifelslos großen Erfolg haben wird.

Casparis Rücktritt.

Stürmischer Verlauf der Stadtverordnetenversammlung.

Mit fast unheimlicher Raschheit hat sich seit der vorgestrigen Antrittsrede des wiedergewählten Stadtverordnetenvorstehers Dr. Casparis die Entwicklung der Dinge im Rathaus vollzogen. Ueber den Verlauf der Ereignisse im Laufe des Freitags sind unsere Leser bereits durch unsere gestrige Abendnummer unterrichtet.

Um 1/6 Uhr eröffnete Dr. Caspari die gestrige Sitzung mit der Erklärung, daß, nachdem gestern die Deutschnationalen und heute auch die Demokraten erklärt hätten, sich an der Vorstandswahl nicht zu beteiligen, für ihn die Voraussetzungen hinsichtlich der Wahl angenommen habe; er lege sein Amt nieder.

Vorsteher-Stellvertreter Meyer wurde von ihm ersucht, die Sitzung zu leiten. Vorsteher-Stellvertreter Meyer: Ich beabsichtige nur auf wenige Minuten das Amt zu übernehmen. — Werten (Dem.): Für die letzte Wahl des Herrn Dr. Caspari war wie für alle früheren Voraussetzungen, daß auch eine Mehrheit vorhanden sei, die ihn bei der Geschäftsführung unterstützte. Diese Voraussetzung ist durch die Erklärung der Deutschnationalen durch Dr. Kleiniger hinsichtlich geworden, und damit wird eine gedeihliche Geschäftsführung trotz allen guten Willens des Dr. Caspari in Frage gestellt. Darum haben wir abgelehnt, uns an der Bildung des Vorstandes weiter zu beteiligen.

Genosse Heimann: Wir befinden uns inmitten der für Donnerstag und Freitag ausgegebenen Tagesordnung. Punkt 2: „Wahl des Vorstehers und der drei Vorsteher-Stellvertreter.“ Folglich haben wir, da der gestern gewählte Vorsteher niedergelegt hat, heute

als erste Handlung die Wahl des Vorstehers vorzunehmen.

(Bühnenwiderstand bei den Bürokratischen.) Eine Umstellung der Tagesordnung kann nur durch eine Zweidrittelmehrheit bewerkstelligt werden. — Vorsteher-Stellvertreter Meyer meinte, dieser Auffassung nicht beizustimmen zu können; es sei in der Tagesordnung für Freitag nur von den „noch nicht erledigten“ Gegenständen die Rede. — Lüdicke (Dnall.) trat auf die Seite des Vorstehers und legte Werten gegenüber wiederum starken Nachdruck auf das Recht der Deutschnationalen auf den Vorsteherposten. — B. Gerner (Dsp.) suchte darzutun, daß Caspari, da er gestern und heute amtiert habe, nach § 2 der Geschäftsordnung als ein Vorsteher zu betrachten sei, „der im Laufe des Jahres ausscheidet“. Die Erfahrung brauche nicht schon jetzt stattzufinden. Die sachliche Arbeit brauche darunter nicht im geringsten zu leiden; man möge sie unter dem Präsidium Meyer beginnen. — Goh (Komm.) stellte sich durchaus auf den Standpunkt Heimanns.

Genosse Dittmann legte dann ausführlich dar, daß die erste Amtshandlung der Versammlung im neuen Jahre die Konstituierung, die Wahl des Vorstandes sein muß, daß man noch mitten in dem Konstituierungsakt stehe und daß nach der Niederlegung selbstverständlich zunächst die Renouveau des Vorstehers erfolgen muß. Er betonte aber auch nachdrücklich, daß man sich nicht damit begnügen dürfe, die formale Seite des Wahlakts zu erörtern, daß vielmehr auch die am Donnerstag von Caspari abgegebene Erklärung maßgebend in Betracht komme. Danach habe sich Caspari bisher als Vorsteher des bürgerlichen Mehrheitsblocks gefühlt, sich als Exponenten der bürgerlichen Mehrheit in diesem Saale betrautet. (Meyer verlas den stenographischen Wortlaut des betreffenden Passus.)

Die erste Pflicht eines Vorstehers sei, sich als Vorsteher der gesamten Versammlung zu fühlen

und als Hüter der Geschäftsordnung die darin garantierten Rechte der Minderheit zu schützen; es sei seine heiligste Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Mehrheit nicht ihren Willen der Minderheit aufzwingen kann. Es sei unerhört, wenn ein neu-gewählter Präsident erklärt, er fühle sich als Exponent irgendeiner Mehrheit in der Versammlung. Auch die Bezugnahme auf die Stellungnahme der Deutschnationalen hätte als politisches Moment aus den Ermüdungen des Vorstehers absolut auszuweisen müssen. Erst nachträglich schreie Herr Caspari zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß er sich damit unmöglich gemacht habe, und daher die Niederlegung. — Vergeblich bot Dr. Leidig seine Bereitwilligkeit an, seinen Fraktionsgenossen zu Hilfe zu kommen. — Dann napelte Genosse Dittmann nach das ungemein wertvolle Eingeständnis der Rechte fest, daß diese schon 1921, obwohl sie es anfänglich der sozialdemokratischen Vorsteherkandidatur Krüger entriest ablegte, den Bürgerblock gewollt habe. Der sei jetzt nicht mehr zu heilen und könne niemandem mehr imponieren. — Schließlich erklärte Vorsteher-Stellvertreter Meyer, daß er die Frage als einziger Repräsentant des Vorstandes nicht zur Entscheidung bringen wolle, und legte sein Amt ebenfalls nieder.

Der im 78. Jahre stehende Kommerzienrat Bamberg übernahm darauf als Alterspräsident die Leitung der Versammlung. Er erklärte, angesichts der großen Meinungsverschiedenheit über die Wahl am 5. 1. der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen (der in Zweifelsfällen auf dem Vorsteher die Entscheidung überträgt) und die Vorstandswahl auf 14 Tage zu verlagern. Dann erklärte er, in die Tagesordnung einzutreten, und erteilte dem Rämmerer zur Grundsteuerfrage das Wort. Darüber entstand in der Versammlung ein tobender, sich immerfort steigender Lärm und die Situation gestaltete sich trotz aller Bemühungen des Alterspräsidenten alsbald derartig tumultuarisch, daß ihm nichts übrig blieb, als die Sitzung für geschlossen zu erklären. — Schluß gegen 1/7 Uhr.

Durch den Rücktritt Dr. Casparis wurde Genosse Heimann verhindert, folgende Erklärung abzugeben:

„Bei der gestrigen Vorsteherwahl wurde Herr Dr. Caspari mit einer Mehrheit von 6 Stimmen gewählt. Nach der Übernahme

Bereits am 28. Dezember hat das Hilfswerk „Hilfsmann“ den ersten Eisenbahnwagen mit Liebesgaben von Luxemburg nach Köln gebracht. Aus deutschen und luxemburgischen Kreisen sind bereits Spenden im Betrage von 6000 Franken eingegangen. — Aus Paris hat eine Spenderin 3000 Franc übersandt, die zur Versorgung deutscher Kinder mit Milch bestimmt sind.

Eisblockade.

Skandinavien von Eis bedroht.

In Schweden, wo der Winter diesmal sehr früh mit einer außer-gewöhnlichen Kälte eingesetzt hat, droht jetzt, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Stockholm berichtet wird, die Stilllegung der nördliche von Stockholm besetzten Häfen an der Ostküste durch Packeis. Eine Anzahl Dampfer, die noch in den letzten Tagen Lasten an Bord genommen hatten, dürften nur mit Hilfe der großen Stockholmer Eisbrecher die Häfen verlassen können. Der Stockholmer Hafen kann nur von größeren Dampfern trotz der Eisbrecher erreicht werden. In schwedischen Häfen ist die Lage einsteilen noch etwas günstiger. In schwedischen Schiffsfabriken befürchtet man, daß die Blockade der schwedischen Häfen bei Fortdauer der Kälte sehr zunehmen wird. Auch an der etwas günstiger liegenden Ostküste tritt harte Packeisbildung auf. Bedenklich liegen die Verhältnisse in Dänemark. Der ganze Sund ist mit Eismassen angefüllt und Seeland ist ausgedehnt landfest mit Schonen. Eine Rinne von Dampfern ist im Sund fest. In dieser Stelle sind ausserordentlich die größten Schwierigkeiten, und der Eisbrecher „Boederen“ mußte durch das feste Eis zwischen Hveen und Røpnehaagen einen schweren Weg machen, um die Schiffe zu befreien, die sich selbst nicht helfen konnten. Der Aarhus-Dampfer

der Geschäfts bleibt er eine Rede, die ich, um ganz korrekt zu verfahren, heute früh im Stenogramm eingesehen habe. In dieser Rede erklärte Dr. Caspari u. a.:

„Darüber ist doch gar kein Zweifel, daß in allen großen Fragen kultureller Natur, die doch mit der Hauptaufgabe einer Stadtverordnetenversammlung in der heutigen Zeit sind, diese bürgerliche Mehrheit zusammengehalten und ihren Willen durchgesetzt hat gegenüber allen Angriffen, die gegen sie gerichtet worden sind. Als Ausdruck dieser bürgerlichen Mehrheit habe ich es in den Fragen der Schule, in den Fragen der Kirche, in den Fragen der öffentlichen Wohlfahrt immer betrachtet, daß ein bürgerlicher Vorsteher die Geschäfte der Stadtverordnetenversammlung führt, und in diesem Sinne habe ich auch meine heutige Wahl betrachtet.“

In diesen Sätzen bezeichnet Dr. Caspari sich klipp und klar als den Exponenten des bürgerlichen Blocks,

der in allen großen Fragen kultureller Natur seinen Willen gegen uns unter seiner Führung habe durchsetzen können. Ich muß gegen die bewußt brüskierende und sachlich durchaus ungerechtfertigte Unterstellung, daß meine Fraktion in allen großen Fragen kultureller Natur, die hier zur Entscheidung standen, verlegt habe, den schärfsten Protest einlegen.

Als ich diese Sätze las, fiel mir eine Rede ein, die ein anderer Vorsteher, eine Herde jenes Stuhles, der alte Demokrat Langerhans, gehalten hat. Damals, vor fast einem Vierteljahrhundert, als wir ein winziges, hier meist noch verachtetes Häuflein waren, erklärte Langerhans, er sei glücklich, daß in diesem Saale Sozialdemokraten säßen, und er fuhr wörtlich fort: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, mühte man sie geradezu erfinden.“ Heute, wo die deutsche Arbeiterbewegung mit der Sozialdemokratie an der Spitze einer der größten und einflussreichsten Kulturträger nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern der Welt ist, heute rühmt sich ein Berliner Stadtverordnetenvorsteher, daß ein Bürgerblock unter seiner Führung angebliche Kulturarbeit gegen die Sozialdemokratie habe leisten müssen.

Der Herr Vorsteher scheint sich in dem Wahn zu befinden, die Geschäfte dieser Versammlung in der Vergangenheit gegen meine Fraktion geführt zu haben und sie in Zukunft gegen uns führen zu können. Da darf ich vielleicht hier an die Rede erinnern, die der Reichskanzler Dr. Stresemann, der „beste Mann“ in der Deutschen Volkspartei, am 8. Oktober 1923 gehalten hat. Herr Dr. Stresemann polemisierte in schärfster Form gegen die deutsch-nationalen Führer Hergt und Westarp, die gegen die Sozialdemokratie gesprochen hatten und erklärten, daß man den Kampf der Zukunft nicht mit einem in einen Rechtsblock und Linksblock gespaltenen Volke führen könne, und fuhr wörtlich fort:

„Ich bin der Meinung, daß man nicht mit Erfolg gegen die Sozialdemokratie als einen arden, bedeutenden Teil des deutschen Volkes regieren und Erfolge damit erzielen kann.“

Die ganze Rede des Herrn Vorstehers ist die beste Bestätigung des Grundgedankens meiner gestrigen Ausführungen, daß ein selbst von allen bürgerlichen Parteien als qualifiziert anerkannter Sozialdemokrat nicht Vorsteher werden sollte, eben weil er Sozialdemokrat ist.

Nach dieser Rede können wir zu Herrn Dr. Caspari und einem von ihm geleiteten Bureau noch weniger Vertrauen haben als bisher. Namens meiner Parteifreunde erkläre ich, daß wir ihm mit schärfstem Mißtrauen gegenüberstehen und aus diesem Mißtrauen alle Konsequenzen für unsere Haltung hier ziehen werden.“

Unmittelbar nach Abbruch der Stadtverordnetenversammlung trat die sozialdemokratische Fraktion zu einer Sitzung zusammen. Die Fraktion war einhellig der Auffassung, daß nach dem klaren Sinn der Geschäftsordnung und nach dem parlamentarischen Brauch in allen Parlamenten unter einem Alterspräsidenten ein Eintritt in die sachliche Beratung nicht möglich sei, daß vielmehr zunächst die Wahl und Konstituierung des Präsidiums für das laufende Geschäftsjahr zu erfolgen habe. Um einen beschleunigten Zusammentritt des Plenums zu erreichen, beauftragte sie den Vorstand, folgendes Schreiben an den Alterspräsidenten zu richten:

„Im Auftrage der umstehend aufgeführten Mitglieder der Fraktion der SPD. beantrage ich nach § 33 der Geschäftsordnung die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten, die als ersten Punkt die Wahl des Vorstehers, der Stellvertreter und der Beisitzer vornimmt. Wir unterfertigen sind bereit, die im § 17 festgesetzten Fristen zu verzichten, da wir den dringenden Wunsch haben, die sachliche Arbeiten der Versammlung zu fördern. Wir hoffen, daß von den übrigen Fraktionen unser Wunsch geteilt und alleseitig auf die Innehaltung der Fristen verzichtet wird.“

Es bleibt also zu erwarten, daß der Alterspräsident auf Grund dieser Aufforderung, die von mehr als einem Drittel der Stadtverordnetenversammlung unterzeichnet worden ist, eine Stadtverordnetenversammlung mit der angegebenen Tagesordnung einberuft.

Donnerstag nächste Sitzung.

Der Alterspräsident Bamberg, der vorläufig die Geschäfte der Berliner Stadtverordnetenversammlung führt, hat für nächste Woche zwei Sitzungen der Versammlung anberaumt, eine ordentliche auf Donnerstag, den 17. d. M., und eine außerordentliche auf Freitag, den 18. d. M., in denen nunmehr die Wahl des Vorstandes (also auch des Vorstehers) stattfinden soll.

geht noch planmäßig ab und der Kalbberg-Dampfer kann seine Touren noch machen. Auch im Rattegat: beginnt sich festes Eis anzusammeln, gegen das die Schiffe nur schwer antommen.

Aus Stettin wird folgendes gemeldet: Am Donnerstag vormittag war die Lage für die Schifffahrt in der Swinemünder Bucht infolge starken Eises noch recht schwierig. Die beiden Stettiner Eisbrecher mußten angehalten arbeiten, um den die Einfahrt führenden Dampfern Hilfe zu leisten. Nachmittags hat sich die Lage mit einem Schläge gebessert. Der Ostwind hat das Eis von Osten und Nordosten nach See abgetrieben. Die Einfahrt nach Swinemünde ist frei und die Stettiner Eisbrecher konnten aus diesem Gebiet zurückgezogen werden. Auch aus dem Gebiet von Kolberg wird berichtet, daß das Eis nach See zu abgetrieben ist.

Wegen der großen Wasserschledungen im August und September 1920 im Reichswerk zu Erfurt wurden Fabrikant Walter Sauerbrey aus Euhl wegen versuchten Betruges und Vergehens gegen das Entwaldungsgesetz vom 7. August 1920 zu neun Monaten Gefängnis, Hermann Lang aus Erfurt und Betriebsleiter Hermann Sommerberg aus Erfurt wegen versuchten Betruges und versuchten Diebstahls zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Briefkasten der Redaktion.

Käpfer. Die Vergütung muß mit dem Danksatz vererbt werden. Gefährliche oder unzulässige Bemerkungen werden nicht angenommen. Auf Druck, Rückzahlung oder Widerruf angelegten Reichskanzler kann eine Abfindungsumme gewährt werden. Als Abfindungsumme kommt in Ihrem Falle mindestens das Siebenfache der Ihnen im letzten Monat gezahlten Bezüge in Betracht. Die von Ihnen als Arbeiter im Reichsbahnverdienst gezahlte Pension wird berücksichtigt. Werden Sie bei Ihrer Dienstreise wegen Zahlung der Abfindungsumme verweigert.

